

Wildcat-Zirkular

Nr. 16 Mai 1995

Sprachloses Entsetzen hatte die Gruppe erfapt...



... Das war also das Ergebnis des monatelangen
Kontinuierlichen-Verbesserungs-Prozess !

INHALT

Kampagne und Militante Untersuchung	3
Bericht vom Flugblattverteilen auf dem Bau	8
Wieder Streik bei Ford	9
Demo gegen Abschiebeknäste	10
Vietnam in Berlin	15
Zwei Stimmen zum 8. Mai aus dem Ausland	19
Faschismus – Antifaschismus (Wildcat GB)	21
The hidden History of World War II	25
Uni-Klinik Freiburg – Atempause	28
Hanf – gegen den ökologischen Kapitalismus	30
Finale Eindrücke vom autonomen Kirchentag	32
HausbesetzerInnenkongreß in Leipzig	34
Ansichtskarte vom 1. Mai in Hamburg	47
Streik bei Matsushita	49
Sutaur-100 – Kampf der Busfahrer in Mexiko-City	52
... und Busfahrer in Sachsen wehren sich	56

kontakte

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/6121848. **West:** Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln / Infoladen Paderborn, Postfach 1334, 33043 Paderborn. **Nord:** Wildcat, Postfach 306 325, 20229 Hamburg. **Süd:** Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel+Fax: 0621/6295271 / Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg.

abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. (Schriftliche Bestellung an Sisina, Berlin und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10).

V.i.S.d.P.: P.Müller

Für eine Kampagne als Grundlage und Stoßrichtung der militanten Untersuchung!

Vorbemerkung: Das folgende ist erstmal ne Grundlage zur Diskussion, zur arbeitsteiligen, vertieften Vorbereitung, und am Schluß haben wir uns ein bißchen ausgemalt, wie solche Aktionen aussehen könnten. Wir haben in den letzten Monaten gemerkt, daß wir uns Zeit lassen müssen mit den Vor-Diskussionen um eine solche Kampagne. Andererseits wollen wir nicht in die Sackgasse des »Jetzt müssen wir uns erstmal jahrelang vorbereiten ...« geraten. Viele Aktionen können auch jetzt schon angepackt werden – auch wenn uns die Diskussionen um die Kampagne in den letzten Monaten gezeigt haben, daß wir analytisch und theoretisch viel nachzuholen haben. (Berlin)

1) Zustandsbeschreibung/Hintergrund

[unsere Diskussion über die Krisentheorie und die Phase ist leider vor einem Jahr abgebrochen; wir sind nicht groß über das Referat von B. in Biedenkopf rausgekommen (abgedruckt in Zirkular Nr. 5); deshalb hier nur einige Stichpunkte]

- Massenentlassungen haben die Arbeitslosigkeit erhöht; im Aufschwung wird die Personalstärke zu einer politischen Frage
- Streiks »für Arbeitsplätze«, Festeinstellungen, Neueinstellungen;
- »zu viele« rausgeschmissen? überhastete Einstellungen oder Arbeitsintensivierung durch Stress/Unterbesetzung?
- eine entscheidende Frage: wie teuer ist die (weitere) Flexibilisierung? Überstunden und Samstagsarbeit ohne Zuschläge? Die Änderung des Arbeitszeitgesetzes und die Flexibilisierungsmöglichkeiten in den Tarifverträgen ermöglichen Reallohnsenkung und Verdichtung der Arbeit
- auch die erhöhte Massenarbeitslosigkeit hat bisher nicht als industrielle Reservearmee im klassischen Sinne funktioniert
- Aufschwung ohne daß die Massen-AL sinkt, soll dadurch zustandekommen, daß in Bereichen wie Post, Eisenbahn, allgemein im Öffentlichen Dienst massiv abgebaut wird.

2) Das VW-Modell

Das »VW-Modell« markiert einerseits eine Grenze des Krisenangriffs - andererseits zeigt es in der Perspektive, wohin die Reise gehen soll:

- a) weitere Intensivierung der Ausbeutung in den produktiven Zentren der Multis;
- b) im Rahmen der Standort-Debatte geht es Gewerkschaften, Regierung und Unternehmern nicht um die »Sicherung von Arbeitsplätzen« [uns natürlich auch nicht!], sondern um den beschleunigten Strukturwandel. Umstritten ist dabei nur das *Ausmaß* einer regulierenden Industriepolitik;
- c) die Arbeitslosen sollen in 2. und 3. Arbeitsmärkte reingedrückt werden;
- d) dazu dienen die ganzen Verschärfungen gegen Arbeitslose - wobei die rein finanziel-

len Verschärfungen an eine Grenze gestoßen sein dürften. Diskussionen über negative Einkommenssteuer, Razzien gegen Schwarzarbeiter und Einweisung von Arbeitslosen in Zwangsmaßnahmen aller Art sind die verschiedenen Seiten der Medaille.

3) Arbeitslosigkeit

Wir müssen die aktuelle Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit genauer analysieren.

- Wir verstehen die Massenarbeitslosigkeit als ein Kräfteverhältnis

a) zwischen dem lohnarbeitenden Teil der Klasse und dem Kapital [also: wieviel Arbeit lassen sie sich aufdrücken, wie stark kann die Arbeit intensiviert werden] und

b) zwischen den Arbeitslosen und der kapitalistischen Gesellschaft [90% der aufs Arbeitsamt Zitierten, hoffen, daß ihr Sachbearbeiter nix für sie hat; wie wehren sie sich, wozu lassen sie sich erpressen].

- Die Arbeitslosen als Opfer der Kapitalverwertung zu betrachten, ist reaktionär. Die Arbeitslosigkeit ist als Tendenz zur Nicht-Arbeit in der Klasse zu fassen. Es gibt eine (wohl westeuropaweite) Tendenz, die Arbeitslosigkeit als Einkommensquelle zu betrachten und sie mit anderen Einkommen zu kombinieren.

- Als Erpressung auf die Arbeitenden funktioniert die Arbeitslosigkeit wenn überhaupt dann nur gegen diejenigen, die noch nie arbeitslos waren. (So erklärt sich auch eine sehr selektive Personalpolitik während massenhafter Einstellungen: Leute, die über Jahre hinweg zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnarbeit gewechselt haben, zeigen die Grenze: bestimmte Sachen braucht man nicht akzeptieren, man kann auch kündigen.)

- Inzwischen haben sogar einige Arbeitslosen-Initiativen dies erkannt und fordern nicht mehr nur »Arbeit und Einkommen«, sondern beginnen auch, die kapitalistische Arbeit zu kritisieren.

- Die Mehrheit der Leute hat sich in der AL eingerichtet - aber die Einkommensfrage ist individualisiert, das Verhalten dazu individuell (allerdings massenhaft und teilweise sogar abgesprochen).

- Die Arbeitslosigkeit ist gesellschaftlich notwendig - nicht nur in ihrer Funktion als »Schwarzarbeit« [»Schwarzarbeit« jetzt verstanden als über Lohn definiert]. So notwendig wie »früher« die Hausarbeit der unentlohnten Ehefrau. Schichtmodelle, Zeit-Flexibilisierung, lohnarbeitende Singles usw. wären vor der Krise der Familie gar nicht möglich, ohne »arbeitslose« Bekannte, Partner usw.. Insofern ist die Unterscheidung zwischen »arbeitslos« und »erwerbslos« der AL-Inis schon richtig. Kampagnen wie »Lohn für Hausarbeit«, »Existenzgeld« usw., gehen von der produktiven Funktion fürs Kapital aus, sind aber sehr ambivalent, weil sie an der Modernisierung mitarbeiten, weil sie appellativ sind, weil sie nicht den Punkt der kollektiven Macht angeben können. Wie können wir das anders anpacken?

- Wir müssen auch die [entlohnte] Schwarzarbeit genauer analysieren. Denn es gibt ganz unterschiedliche Arten davon:

a) den kapitalistischen Zwang in die Schwarzarbeit, wo tarifliche und rechtliche Regelungen unterhöhlt werden (was ja in Form der Razzien etwa ganz direkt passiert: »Arbeiter aus dem Osten« werden zu »Illegalen« gemacht);

b) Schwarzarbeit, welche die proletarische Reproduktion verbilligt, oft in Zusammen-

hang mit Immigration [»Polenmarkt«];

- c) Schwarzarbeit als individuell vorangetriebener Arbeitszwang;
- d) »antikapitalistische« Schwarzarbeit [politische Initiativen, »nicht mehr cheftauglich« usw.]

Das wirft eine ganze Reihe von Fragen auf: »der Tarif an sich ist nichts Verteidigerswertes« usw.

4) Die herrschende Politik und ihre »Sachzwänge«

a) Im Kern zielen die Herrschenden, von PDS bis CDU, von Gewerkschaften bis Unternehmer auf dasselbe: »Standortsicherung durch Modernisierung/Strukturwandel«. Es gibt nur quantitative Unterschiede (über die *Ausgestaltung* der dritten Arbeitsmärkte, über die *Höhe* des Bürgergelds usw.). Auch viele ehemalige Linke und Autonome wie Kurz, einige AL-Inis usw. haben sich inzwischen diesem Lager angeschlossen (Kurz: AZV ohne Lohnausgleich; AL-Inis mit Existenzgeld und im Zuge der »Professionalisierung« ihrer Aktivisten). Die Stoßrichtung der Schulte-Vorschläge, der Kanzlergespräche geht dahin, die Arbeitslosigkeit politisch als Reservearmee einzusetzen (neben der »Ökologie« ist »die hohe Arbeitslosigkeit« zur Zeit *das* Argument für alle Schweinereien!).

b) Die Bedingungen der Kapitalverwertung haben sich qualitativ geändert. Es gibt eine weltweite Konkurrenz, die sich wesentlich verschärft hat. Es finden massive Konzentrationsprozesse statt. Das Kapital jagt um den Erdball auf der Suche nach Arbeitskraft, die es profitabel verwerten kann – und macht sich dabei natürlich gegenseitig »Konkurrenz«. Es findet gerade ein Sprung statt ähnlich dem, den damals Lenin als »ökonomischen Hintergrund« seiner Imperialismustheorie ausgemacht hat. Die globale Konkurrenz erreicht heute alle Sektoren der Warenproduktion. Subjektiv werden die Manager das heute auch so empfinden: wer einen Fehler macht, wird gefressen, geht bankrott usw.. Bei der diesjährigen Tarifrunde ging es für Teile der »mittelständischen« Unternehmer tatsächlich ums Überleben zwischen den Kostensenkungsangriffen von Lopez und anderen und den Tarifforderungen der IG Metall, für die sie vielleicht wirklich keinen Spielraum mehr sahen.

c) Uns muß es darum gehen, diese Prozesse erstmal qualitativ zu analysieren und sie zweitens vor dem Hintergrund und im dialektischen Zusammenhang mit den Klassenkämpfen zu verstehen. Grob ist die Einschätzung richtig, daß Teil-Verlagerungen dazu führen sollen, daß an den alten Standorten die neuen Bedingungen durchgesetzt werden. Die Strategie ist nicht De-Industrialisierung, sondern:

- Fließband/Massenproduktion von Konsumgütern in Westeuropa (wieder) profitabel machen (z.B. Classica-Modell im HWB produzieren),
- unter tarifvertraglichen Bedingungen zu denselben Preisen wie mit polnischen Schwarzarbeitern bauen (Töpfer),
- neue Zusammensetzung von Hi-Tech und Drecksarbeit im Recyclingsektor (Waschmaschinen-Recycling).

5) Was steht an?

Heute befinden wir uns in einer Phase, in der die Kampfbedingungen für viele Jahre festgelegt werden könnten. Das Kapital will nur noch junge, leistungsfähige und unerfahrene ArbeiterInnen direkt (auf dem Bau, in der Fabrik usw.) verwerten. Der Rest

wird in 2. und 3. Arbeitsmärkten (Abfallverwertung, Öko ...) und niedrig bezahlten Dienstleistungen eingesetzt. »Lebensarbeitszeitmodelle« à la Blüm ... Ungeheure Verdichtung der Arbeit in den Kernbereichen plus Ausweitung der Arbeitszeit plus hohe »Arbeitslosigkeit« ...

Wir müssen diese Analysen einerseits arbeitsteilig aktualisieren und vertiefen; andererseits müssen wir sie in einfache Agitation umsetzen. Zum Beispiel:

- reale Inflation für die ArbeiterInnen ausrechnen (Wegfall der Berlinzulage, Explosion der Mieten, massive Verteuerung jeder Art von Mobilität ...)

- der Angriff betrifft alle Bereiche: »Freizeit« wird stärker durchkapitalisiert (Zweit- und Drittjobs; Verteuerung; Räume können nur noch gegen Bezahlung betreten werden: Innenstädte, Bäder ...)

- Ausweitung der inneren Sicherheit (Abhörmöglichkeiten, Aufrüstung der Polizei, Entwicklungen im Staatsapparat, wie sie zu Beginn der 70er Jahre als »Faschisierung« thematisiert wurden (Hamburger und Berliner Bullen, V-Mann in Solingen ...), Privatisierung und Ausweitung der ganzen »Sicherheitsdienste« (im Öffentlichen Nahverkehr, in den Kaufhäusern, in den Innenstädten überhaupt ...)

- Krieg wird wieder stärker zu einer Waffe im Klassenkampf, die auch eingesetzt wird; hat nichts mit »Imperialismus« im Sinn der Eroberung von Märkten oder so was zu tun...

6) Was wollen wir tun?

Wie wir uns die »Kampagne« vorstellen.

Samstag morgen kurz vor 6 Uhr taucht die aufgehende Sonne eine gespenstische Szene in ein fahles Licht. Bleich und müde von 5 Tagen Schichtarbeit trotten einige Männer und Frauen durch die fast leeren Straßen zur Fabrik. Doch heute ist alles anders. Ein zwar ebenso müder aber fröhlicher und lautstarker Haufen Leute erwartet die ArbeiterInnen vor der Fabrik. Das Tor ist mit einem stabilen Fahrradschloß zugesperrt. »Heute fällt die Sonderschicht aus!«, »Wer Überstunden macht, ist Streikbrecher!« schallt es durch das Morgengrauen. Ratlos und unsicher bleiben die MalocherInnen stehen. Zaghafte Diskussionen entwickeln sich. Einige wenige versuchen, sich einen Weg durch die Menge zum Fabriktor zu bahnen. Sie werden freundlich aber bestimmt zurückgedrängt. Unter allgemeinem Gelächter versucht ein Arbeiter, über den Fabrikzaun zu krabbeln. Der Pförtner telefoniert hektisch. Das ist heute etwas anderes als die üblichen Flugblattverteilaktionen...

So oder so ähnlich könnte eine Aktion im Rahmen unserer sogenannten Kampagne aussehen. Andere Aktionen könnten Besuche besonders fieser Ausbeutungssituationen sein (Supermärkte, Umschulungsfirmen etc.), Go-Ins bei den Arbeitsamt-Heinzis, die so was angeordnet haben. Oder vielleicht kollektive »Einkaufsaktionen« mit AsylbewerberInnen, die sich gerade gegen die Auszahlung ihrer Sozialhilfe in Gutscheinen wehren.

Worum geht es uns mit der »Kampagne«?

- Gegen das weit verbreitete Ohnmachtsgefühl angesichts der umfassenden Angriffe auf unsere Lebensqualität wollen wir an überschaubaren Punkten kollektive Aktionen durchführen.
- Wir wollen in Diskussionen mit ArbeiterInnen kommen, ohne immer nur als Theoriezirkel aufzulaufen. Nicht immer nur anderen zu sagen, was sie alles gegen ihre beschissene Situation machen könnten/sollten. Sondern aus der Position des selber agierenden heraus mit anderen über gemeinsame Kämpfe etc. diskutieren.
- Mal wieder Aktionen mit vielen machen. Bei dem, was wir uns vorstellen, könnten sich Leute aus unserem weitesten Umfeld einklinken. Leute, mit denen wir zwar hin und wieder Kontakt haben, die sich aber nicht an unseren mühsamen und zähen Organisationsversuchen beteiligen (wollen). Die Organisation sozusagen andersrum angehen: über praktische Initiativen zur inhaltlichen perspektivischen Auseinandersetzung...
- Über diese Aktionen zu einem gewissen Bekanntheitsgrad zu kommen, der es uns erleichtert, an anderen Punkten mit Leuten ins Gespräch zu kommen. Wir können dann gewissermaßen »ausweisen«, die Leute haben dann eher ne Vorstellung, von wem die Plakate und Flugis kommen.
- Inhaltlich soll an diesen Aktionen unser Verständnis von Klassenkampf deutlich werden. Zum einen ist es uns wichtig, an den Orten, an denen das Kapital reproduziert wird, aktiv zu werden, zum anderen ist die Kampagne keinesfalls auf Fabriken beschränkt.
- An unseren praktischen Aktionen wollen wir auch untersuchen und überprüfen, ob unsere Ideen und Vorstellungen von dieser Gesellschaft überhaupt stimmen bzw. relevant sind. Sind wir wirklich an den wichtigen Fragen dran? Bestenfalls lassen sich während der Aktionen mit den davon Betroffenen neue Aktionen entwickeln.
- Außerdem werden wir beweisen, daß das anscheinend so übermächtige System angreifbar ist. Und Spaß werden wir dabei auch noch haben.
- Und schließlich hoffen wir, mit dieser »Kampagne« die Leute zusammenbringen zu können, die unter politischem Kampf noch was Umfassenderes verstehen, und die sich selber an den Begrenztheiten der verschiedenen noch existierenden Initiativen, Gruppen und Scenes stören.

Flugblattverteilen auf Baustellen ... kein Unding!

Ich war mit meinem Mitbewohner, nachdem wir ihm die richtige Bauarbeiterkluft verpasst hatten, auf Paderborner Baustellen die Razziaflugblätter verteilen. Wir sind erst zu einem zusammenhängenden Baugebiet gefahren, wo ca. 30 Baustellen sind, alles Ein- oder Mehrfamilienhäuser. Wir hatten eigentlich einen Standartspruch: Moin, habt ihr dat schon jekriegt, ist zu den Razzien in letzter Zeit. Die Gewerkschaften haben dazu nur Müll verzapft, also haben wir was selber dazu geschrieben.« Manchmal haben wir direkt gesagt, das wir gegen die Razzien sind, aber das wurde ja auch durch die Überschrift ersichtlich. Wir sind meistens auf 3 Mann Kolonnen in den fast fertigen Häusern gestoßen, meist Klinkerarbeiter, Innenausbauer usw. Die Baulöcher waren schwerer zugänglich, waren aber auch nur ca. 4 - 5 wo noch Mauerarbeiten gemacht wurden. Hauptsächlich waren Facharbeiter so um die 30 anzutreffen, ausländische Trupps waren nur im Innenbereich, Italienische Plattenleger, 2 Russische Putzer, ein polnisches Bauarbeiterauto. Die Reaktionen waren ne Mischung aus Verwunderung und Interesse, ein paar haben noch für Kollegen welche mitgenommen. Nur ein Vorarbeiter hat uns gefragt, ob wir auch arbeiten gehen oder nur Blätter verteilen. Ein/zweimal waren Bemerkungen, wie »Razzien sind doch notwendig«. Wir wissen nicht, ob es Glück oder Unglück ist, das Bauarbeiter im allgemeinen nicht so schnell lesen. Einerseits haben wir so die Reaktionen nicht richtig mitbekommen, andererseits haben wir auch nichts abbekommen. Nach den ersten 5 Häusern haben wir unsere Hemmungen abgelegt und mit guter Laune weitergemacht. Wir sind nach weiteren 15 Baustellen zu einer nahegelegenen Hochtief-Baustelle weitergelatscht, die bauen da ne Schule und ne Brücke. Da haben wir einerseits ältere Facharbeiter von Hochtief getroffen, einer von ihnen meinte direkt, daß er aus der Gewerkschaft austreten will, weil ihm die 42 Mark dafür zu schade sind. Auf der Baustelle arbeiteten auch drei Osteuropäische Bauarbeiter, die miteinander verwandt waren, da rochs schon nach Schwarzarbeit. Mit Polieren hatten wir keinen Streß, die Kollegen haben die Dinger oft untereinander weitergegeben. Wir hatten bis dahin ungefähr 60 Flugis verteilt, auch ein paar Bauarbeiterzeitungen. Wir sind dann zu einer Baustelle von Fröhlich, die Bauen ein großes Gebäude für Stute. Die meisten haben da auf dem Gerüst gearbeitet, da wollten wir nicht hoch, also ein paar so verteilt, eine Italienische Pflastererkolonnen war da, die Verständigung war schwierig, aber wir konnten klarmachen, das wir gegen Kontrollen und Rassismus sind. Plötzlich kam der Polier an und wir machten uns schon auf eine Auseinandersetzung gefasst, aber er wollte direkt 10 für seine Kollegen in der Baubude zum Lesen. Mit nem guten Gefühl ging es noch zu zwei anderen größeren Baustellen, ein Wohnpark und ein Mehrfamilienhaus, wo wir auch einen russischen Kollegen getroffen haben, der schon ein bisschen nervös guckte. Es fehlen also echt ein paar Sprachen im Sortiement. Zum Schluß waren wir im TBZ, in der Maurerhalle, wo uns die Azubis die Flugis aus der Hand rissen und untereinander weitergaben und der Lehrer böse rumglotzte. Danach noch kurz ne Baustelle von Mc Donalds und dann reichte es auch. War ne gute Erfahrung, oft haben wir uns nur nicht getraut, länger dazubleiben und ne Diskussion anzufangen. Wir

sind eine Woche später nochmal losgegangen, um die Baustellen in der Innenstadt und die Großbaustellen im Nahbereich zu erreichen. Diskussionen kamen eigentlich nur auf, wenn wer sagte, daß Razzien schließlich auch zu unseren Gunsten wären. Allerdings ist das nicht oft vorgekommen. Ausländische Kolonnen haben wir auch nicht getroffen, ab und zu mal zwei Arbeiter, sonst fast nur ältere Stammarbeiter. Wir konnten beobachten, wie ca. 15-20 Russen einem Deutschen vor einer Baustelle standen, der Deutsche erzählte was über den Bau, über die Sicherheitsmaßnahmen usw. Leider haben wir nicht nachgefragt, ob sie bald hier arbeiten. Abschließend bleibt zu sagen, daß wir, wenn wir die Interviews machen, auf jeden Fall die Flugblätter mitnehmen, weil wir uns nicht vorstellen können, wie wir sonst mit dem Fragebogen an die Leute herantreten sollen. (M.)

Hier ein paar Eindrücke von der Demo am 7.5.1995 gegen den zentralen Abschiebeknast von NRW in Büren. In den Tagen davor und danach hat es eine ganze Reihe weiterer Aktionen zu Abschiebungen gegeben, bei denen auch einige von uns anwesend waren, wozu es aber keine Berichte gibt: Z.B. die Blockade des Abschiebeknast für Frauen in Neuß am 9.5., die Demos in Bremen, Gütersloh und vor dem neuen Abschiebeknast in Düsseldorf-Gerresheim am 13.5., sowie eine Reihe von Aktionen der Gefangenen selber. Zu dem Widerstand der Flüchtlinge folgt noch ein Bericht über die Razzia und die Aktionen der Vietnamesen in Berlin. In der Box wurde kritisiert, daß es sich bei den Aktionen gegen die Abschiebeknäste um ein »Modethema« handele: »Kein Bezug weder zu dem kapitalistischen Herrschaftssystem Knast oder zur Arbeit. Da wird eine Gruppe von Gefangenen herausgepickt, von den einen, weil es Opfer seien, und von den anderen, weil es die einzigen seien, die kämpfen. Letztere sind mir etwas sympathischer, auch wenn beide Ansätze aufs selbe hinauslaufen. Hab gehört, daß Algerier die in NRW kriminell werden, angeblich laut einer Verfügung, möglichst nicht in Knäste gesteckt werden sollen, weil die Aufstände, Selbstmorde, usw vor allem von ihnen ausgehen würden. Wir hätten ein eigenes Flugblatt verteilen können.« (T.) Letzteres haben wir sogar getan, ein erste Fassung war auch in der Box, nur leider hat es nicht geklappt, die Herstellung und das Verteilen gemeinsam zu organisieren. Daher mag es dann etwas untergegangen sein. Im Folgenden kommen zwei Berichte aus Paderborn über den Ablauf der Demo, sowie ein paar Überlegungen, wie wir in Zukunft gezielter unsere Positionen darstellen können. Im Anschluß daran das Flugblatt, das während der Demo verteilt wurde.

Kurze Eindrücke von der Demo am 7. Mai gegen den

Abschiebeknast in Büren

Mit etwas Verspätung begann die Demo mit einer Kundgebung vor dem Abschiebeknast, der 7 km von Büren entfernt im Wald liegt. Es waren ca. 1800 Leute da, von der Anzahl waren selbst die Bullen überrascht, sie lösten aus Kräftemangel die Bezirksreserve aus. Die Demo war recht bunt, jede Menge Transpis und Leute aus verschiedensten politischen Gruppen. Vor dem Knast wurde auch trotz des Verbotes der Lautsprecheranlage eine enorme Geräuschkulisse erreicht, wobei die Böller und Trommeln wohl eher von den Gefangenen gehört wurden, als die Grußworte. Zwei Transpis wurden mit Luftballons über die 5 m hohe Betonmauer hinaus in den Himmel entlassen. Die Bullen hielten sich ziemlich zurück, auch als sie von ein paar Leuten mit Flaschen und Steinen empfangen wurden und ein Zaun zum angrenzenden Gelände niedergerissen wurde. Ein Schließerwohnhäuschen wurde dann leider noch Opfer der Flammen, die auch erst recht spät gelöscht werden konnten. Die Gefangenen konnten die Demo auf jeden Fall hören und sie haben auch die Transparente gesehen. Es ging weiter nach Büren, dort wurden leider gerade im vorderen Bereich der Demo ziemlich rituelles Verhalten an den sonnigen Tag gelegt, also die üblichen Hassmasken-»Haut ab«-Spielereien. Auch wenn es eine für autonome Verhältnisse recht experimentielle Demo war, wurde die Trennung zu der Bevölkerung nicht aufgebrochen. Auf der Abschlußkundgebung gab es die üblichen Redebeiträge, eine Bühne stand für drei Bands bereit, wobei die eindeutig beste Band,

Hip-Hop aus dem Rheinland, leider als letzte, vor nahezu leerem Platz spielten. Die Stimmung in Büren ist wohl ein bisschen gereizt, was sich durch Drohanrufe und Empörung wegen den Sprühereien bemerkbar macht. Das untenstehende Flugli war eigentlich das einzige, was an die Bevölkerung verteilt wurde, leider haben wir zu wenig gedruckt. Beim Verteilen kamen recht gute Diskussionen zustande, wobei man immer erklären mußte, warum man als »Bauarbeiter« nun an der Demo teilnimmt, aber wenn man ein bisschen aus dem Inhalt des Flugis erzählt hat, traf man zumindest auf offene Ohren. (M.)

Ergänzungen zu den Eindrücken: M. hatte den Flugli-Entwurf am 28.4. in die Box gelegt, wir hofften auf Stellungnahmen und Kritik – bis auf eine zustimmende Notiz kam leider keine Reaktion. Wir haben dann in Paderborn den Text noch einmal überarbeitet, waren aber etwas unsicher, ob er in Form und Inhalt überzeugend war. Wir haben das Flugblatt nur in einer kleinen Auflage in Druck (200) gegeben. Zielgruppe des Flugis sollte die Bürener Bevölkerung sein, nicht so sehr die Demo-Teilnehmer. Wir wollten verdeutlichen, daß das Thema Abschiebeknast ein Baustein in der sich verschärfenden Ausbeutung ist, die die Leute selber ja auch täglich erfahren, wenn auch in anderer Form. Also eben nicht moralische Anklage wegen Untätigkeit gegenüber dem Knast, sondern Einladung zur Diskussion über gemeinsame Unterdrückungssituationen. Auf dem Zirkular-Westredaktion-Treff kam das Flugli gut an, wir haben dann mit dem Kopierer noch 100 nachgedruckt. Klar war auch, daß wir das gemeinsam verteilen.

Die Erfahrung beim Verteilen war gut, es macht eben auch Spaß als Gruppe aufzutreten (Gemeinschaftsgefühl?!). Das Flugli war das einzige außer dem Demo-Aufruf-Flugblatt. Leute aus der Demo kamen zu uns und wollten aus Neugier ein Exemplar haben, einige haben uns spontan beim Verteilen geholfen. So konnten wir auch gut an die Zuschauer der Demo verteilen, die überwiegend bereit waren, Informationen aufzunehmen. Rund um den Ort der Abschlußkundgebung, Marktplatz Büren, haben wir die meisten Leute mit den Flugis versorgt. Wir sind dann zu zweit einige hundert Meter weiter zum Feuerwehrfest gegangen und haben dort unsere restlichen Exemplare verteilt, die Leute dort waren sehr diskussionsbereit. Zwar konnten wir den Text nicht eingehend diskutieren, aber zumindest einige Kernpunkte vortragen. Meistens vertraten die Leute die Meinung, daß sie zwar Verständnis hätten, daß Ausländer versuchten, hier illegal zu arbeiten in Anbetracht ihrer Verhältnisse im Heimatland, aber »Wir« könnten ja nicht alle aufnehmen wegen leerer Staatskassen und außerdem würden die Illegalen die Löhne und Arbeitsbedingungen drücken. Auf Nachfrage von uns wurde schon zugestanden, daß bei den Bonzen genug Geld da wäre, aber da wäre nicht ranzukommen. Unabhängig von der »Boot ist voll« Position fanden viele es schon eine Schweinerei, zu welchen Bedingungen die Illegalen hier arbeiten müssen, zu welchen Hungerlöhnen. Leider konnten wir die meisten Gespräche aus Zeitmangel (Abfahrtszeiten der Busse) nicht intensivieren.

Fazit: Wir sollten in Zukunft solche Demo-Flugblätter intensiver vorbereiten (Wildmail als Diskussionsmedium nutzen) und dann auch mit einer hohen Auflage drucken. Wenn wir das dann zu mehreren verteilen, können wir uns die Zeit nehmen, die Kernpunkte der Flugis mit den Leuten zu besprechen, also nicht zu starr dem Demolauf folgen, auch die Leute, die mehr abseits stehen, ansprechen. Und wir sollten aus den Gesprächen

lernen, sie nachbereiten.

Die Vorgabe, eben nicht an die Demoteilnehmer zu verteilen, war falsch. Auch hier war ein Informations- und Diskussionsbedarf, der über die Demoaufruf-Thesen hinausging, festzustellen. Da können dann in der gemeinsamen Diskussion sicherlich Erkenntnisse herauskommen, die über die »Nie wieder Deutschland«-Position hinausweisen. (J.)

* * *

In den Abschiebeknästen brennts, in den Betrieben funkts und die Straße glüht - Wann kämpfen wir zusammen!?

Im Bürener Abschiebeknast kämpfen Leute gegen die Politik der Regierenden, eine Politik, die sich gegen das Bedürfnis der eingesperrten Menschen nach einem freien Leben richtet. Wir sind heute hier, weil wir ihnen zeigen wollen, daß wir immer auf Seiten derer stehen, die versuchen, ihre Ketten zu sprengen.

Einwanderungs- und Abschiebepolitik ist Unternehmerpolitik – Büren ist ein Teil davon!

Das Unternehmertum hat schon immer Arbeitskräfte gebraucht, die sie weit weg von ihrer Heimat ausbeuten konnten. Die Leute müssen ihr Land verlassen, weil die Regierung Kriege anzettelt oder die Menschen verarmen läßt. Viele wollen auch einfach nur raus aus dem Dreck. Weit weg von zu Hause sind die Leute besser auszubeuten, weil sie oft allein und vom Rest der Bevölkerung isoliert sind und so nicht mit anderen kämpfen können. Sie müssen zu schlechteren Bedingungen und Löhnen arbeiten, womit die Unternehmer die anderen MalocherInnen unter Druck setzen können. Gerade die Billiglohnarbeit auf dem Bau ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Leute gegeneinander ausgespielt werden. Wir alle wissen, daß auch Stute ohne die hunderten ausländischen Frauen und SchwarzarbeiterInnen nicht der größte Saftladen Europas wäre. Einerseits könnten viele Branchen gar nicht mehr ohne illegale Beschäftigung auskommen, z.B. Landwirtschaft und Gastronomie, andererseits spielen die Kapitalisten mit dem Feuer, wenn sie fremde ArbeiterInnen ins Land lassen, da die EinwanderInnen außer ihrer Arbeitskraft auch die Kampferfahrungen aus ihren Ländern mitbringen, die sie mit anderen ArbeiterInnen austauschen.

In den 50ern kamen ArbeiterInnen aus der Türkei und Jugoslawien, sie haben sich (oft mit den deutschen ArbeiterInnen, manchmal gegen sie) einen hohen Lebensstandard erkämpft. Sie sind mit ihren Familien in Deutschland geblieben. Aus Sicht der Kapitalisten mußte die Ausländerpolitik geändert werden, denn sie wollen die Leute nur zum Arbeiten hereinlassen, also zumeist junge Männer, die nach getaner Arbeit doch bitte recht schnell zurückgehen sollen. Wir sehen das auch daran, daß im Bürener Knast nur Männer, meistens zwischen 20 und 40 sitzen. Heute werden alle Grenzen militärisch kontrolliert, nur die »besten« sollen rein, die kommen in zentrale Sammellager, isoliert von der Bevölkerung und werden dann in den »unteren« oder »illegalen« Arbeitsmarkt

gedrückt. Abschiebungen und Knäste wie der in Büren, sollen die Leute einschüchtern, so daß sie ja keine Ansprüche nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen stellen. Außerdem soll durch die Ausweisungen gewährleistet sein, daß der »untere« Arbeitsmarkt ständig rotiert und sich neu zusammensetzt.

Was hat unsere Situation als ArbeiterInnen und Arbeitslose mit Abschiebungen und »Ausländerpolitik« zu tun?

Wir konnten das bei den Razzien sehen, als die Bullen unsere osteuropäischen Kollegen von der Baustelle nach Büren verlegt haben.

Das, was wir mit den Flüchtlingen oder »Illegale« gemeinsam haben ist, daß wir unsere Arbeitskraft an die selben Leute verkaufen müssen, wenn auch zu anderen Bedingungen. Gemeinsam ist auch unser Ziel, uns nicht kaputtzuschuffen und gut zu leben. Die Leute, für die wir arbeiten, sind eher am Gegenteil interessiert. Die Unternehmer wollen, daß wir für weniger Kohle wieder mehr arbeiten, aber wem erzählen wir das. Wenn alles so einfach wäre, hier die MalocherInnen mit ihren gemeinsamen Zielen, da die Unternehmer, dann hätten wir sicherlich keine Probleme, wenigstens keine Unternehmer mehr. Die Ausbeutung kann also nur dann weiter funktionieren, wenn die MalocherInnen weiterhin gespalten bleiben und keine gemeinsamen Kämpfe führen. Dabei hilft nicht nur, daß der deutschen Bevölkerung gesagt wird, die »Asylanten« sind Schuld an den schlechteren Lebensbedingungen, sondern die ganze arbeitende Klasse wird in viele kleine Teile gehackt mit den unterschiedlichsten Arbeitsbedingungen und Löhnen. Motto der Ausbeuter: Alle gegen alle, hauptsache sie arbeiten noch miteinander. Da werden Männer den Frauen gegenüber bevorzugt, da wird dem Hilfsarbeiter sein Vorarbeiter vorgesetzt, da arbeitet die Stammarbeiterin am gleichen Band wie der Leiharbeiter. Der Belegschaft des einen Werks wird gesagt, daß sie mit dem anderen Werk um die Aufträge konkurrieren soll, auf den Baustellen arbeiten Sub-Sub-Sub-Unternehmen, aber wem sagen wir das. Deshalb werden auch die EinwanderInnen noch zigmal »rechtlich« unterteilt: da sind Aussiedler, Übersiedler, Kriegsflüchtlinge, Gastarbeiter, Illegale oder Leute, die Werkverträge kriegen und nach getaner Arbeit wieder abhaun. Die Kapitalisten wollen von allen mehr Arbeit, wir sollten uns zusammen eine Antwort überlegen. Uns wollen sie an die erkämpften Verbesserungen, der 8-Stundentag soll gekippt werden, Samstagsarbeit ist keine Seltenheit mehr. Wir alle merken, daß der Druck auf uns und die Hetze bei der Arbeit steigt. Wir sollen immer mobiler werden, bei Arbeitslosigkeit jeden Job annehmen und für den Betrieb immer zur Verfügung stehen, zu jeder Zeit und an jedem Ort einsetzbar. Der DGB, das Arbeitsamt und die Arbeitgeberverbände gründen die Leihfirma »start« mit der sie die jungen Arbeitslosen wieder in die Arbeit zu schlechteren Bedingungen pumpen wollen. Viele Leute werden entlassen und dann zu schlechteren Bedingungen eingestellt, 4 Millionen Arbeitslose sollen den »Arbeitsplatzbesitzer« Schieß bereiten, sie sollen um ihren Arbeitsplatz bangen und das Maul halten. Die Arbeitslosen sollen sich um die ABM und andere Scheißjobs schlagen. Aus Hunger nach Profiten holen sich die Unternehmer aber nicht nur Leute in die verschiedenen Länder, sie schicken auch Teile der Produktion ins Ausland, sie denken schon lange nicht mehr in nationalen Grenzen. Uns dagegen wollen sie den Standort Deutschland verkaufen, wir sollen immer wilder arbeiten, damit die Produktion hier bleibt. Die

EU wird ihre Spielfläche, da können sie dann alle Malocher nach belieben verschieben. Wenn wir sie lassen und wenn wir es nicht schaffen, uns mit den ArbeiterInnen aller Länder zu verständigen und voneinander zu lernen, wie mensch zusammen kämpft. Wir haben sicherlich weit ausgeholt und manche Sachen sind nur vereinfacht beschrieben, aber wir wollten darstellen, warum der Scheiß-Knast auch was mit uns zu tun hat. Wir wollen zeigen, daß wir die Schnauze voll haben von den Scheißhausparolen, die viele unserer KollegInnen gegenüber anderen MalocherInnen drauf haben. Die Angriffe vom Staat und Nazis auf EinwanderInnen sind auch ein Angriff gegen uns.

Weg mit den Abschiebeknästen! ArbeiterInnen kennen keine Grenzen!

Wer Lust hat, sich mit uns zu treffen:

Baugruppe

Borchenerstr.12

33098 Paderborn

05251/730337

Bauarbeiter in China

Am 20. Januar demonstrierten ca. 200 Arbeitsmigranten auf der Baustelle des Jurengebäudes in Zhuhai City, welches bis heute Chinas höchstes Gebäude ist. Die Arbeiter versammelten sich und gingen dann zum Baustellenbüro. Dort forderten sie, den Baustellenleiter bezüglich der Probleme mit ausstehenden Lohnzahlung sprechen zu können. Die Juren-Gruppe behauptete jedoch, daß die Verantwortung bei dem Bauunternehmen, der Guangdong-Provinz Baugesellschaft Nr. 8, lag. Das Bauunternehmen hingegen behauptete, daß die Jurengruppe nicht gezahlt hätte. Die Arbeiter hatten beim Amt für öffentliche Ordnung in Zhuhai eine Demo anmelden wollen, die Genehmigung war ihnen jedoch verweigert worden.

übersetzt aus:

China Labour Bulletin, Nr.12 März 95

Krawalle bei Razzia gegen Vietnamesen

Fünfundzwanzig Beamte verletzt / Küchengeräte als Wurfgeschosse

In Berlin sind bei einer Razzia in einem vor allem von Vietnamesen bewohnten Ausländerwohnheim am Donnerstag abend 25 Polizisten verletzt worden, einer von ihnen schwer. Es hieß, auch mehrere Heimbewohner hätten Verletzungen erlitten. Nach Angaben der Polizei vom Freitag war es während der Razzia gegen vietnamesische Schwarzhändler zu schweren Zusammenstößen gekommen. Sechs Vietnamesen seien festgenommen worden, gegen zehn habe man Strafverfahren eingeleitet.

Eine 'agressive Menge' von Vietnamesen habe Beamte von Polizei und Feuerwehr mit Steinen und Flaschen sowie mit 'Hausgeräten wie Mikrowellen, Kochtöpfen und Feuerschlöschern aus den Wohnblöcken heraus gezielt' angegriffen, hieß es in einer Pressemitteilung der Polizei. Fünfundzwanzig Beamte seien schwer verletzt worden, darunter einer so schwer, daß er im Krankenhaus habe bleiben müssen. Nach Angaben des Vietnamesen-Hilfsvereins 'Reistrommel' wurden mehrere Heiminsassen zum Teil schwer verletzt. Ein Kind sei mit schwerer Atemnot durch Tränengas ins Krankenhaus gekommen, ein Mann habe eine Herzanfall durch Schockeinwirkung erlitten.

Der Polizei-Einsatz in dem Heim, das als Zentrum des Schwarzhandels mit unverzollten Zigaretten gilt, habe sich hauptsächlich gegen den illegalen Handel mit Lebensmitteln gerichtet. Nach den Angaben der Polizei hatten Einsatzkräfte zunächst 'einen ganz normalen Polizei-Einsatz' auf dem Gelände des Heims begonnen. Ziel sei die Unterbindung des illegalen Lebensmittelhandels gewesen, der unter hygienisch unzureichenden Bedingungen getätigt worden sei. Als ein Bewohner unter nicht näher geklärten Umständen zusammenbrach, kam es zu den Gewalttätigkeiten. (FAZ 6.5.95)

Vietnam in Berlin?

Am 4. Mai 1995 umstellten die Bullen einen von VietnamesInnen bewohnten Häuserblock in der Ostberliner Rhinstraße. Vorwand war eine Razzia gegen Lebensmittelhändler aus den Heimen, die dort ihre Landsleute versorgen. Die Bullen nahmen aber nicht nur HändlerInnen fest, sondern verhafteten wahllos, auch Leute mit Papieren, schlugen ein paar zusammen, ein Vertragsarbeiter wurde ohnmächtig in der Wanne und lag 20 Minuten da, ohne daß sich jemand um ihn kümmerte. Als sich das Gerücht verbreitete, daß es einen Toten gegeben habe, flogen Sachen aus den Fenstern, die Bullen prügelten los, um dem Krankenwagen Platz zu machen, der dann doch noch eintraf, Gehwegplatten wurden geknackt und die Bullen mit Brocken eingedeckt, die holten Verstärkung,

Tränengas im ganzen Hof Prügeln, Festnahmen... Nach den Hungerstreiks von AsylbewerberInnen, Besetzungen und Aufständen in Lagern und Knästen war dies meines Wissens das erste Mal, daß sich Leute kollektiv gegen eine Razzia zur Wehr setzten. Wir haben dazu ein paar Informationen zusammengetragen:

Es gibt mehrere Gruppen von MigrantInnen aus Vietnam in Berlin und der Umgebung. Nach Westberlin kamen zuerst in den 80er Jahren die sogenannten *boat people*, also Flüchtlinge aus dem sozialistischen Vietnam. Sie erhielten als »politisch korrekte«, sprich: »anti-kommunistische Flüchtlinge« Eingliederungsmaßnahmen in die westberliner Arbeitswelt/Ausbeutung, Deutschkurse, Facharbeiterausbildungen usw., ähnlich wie die »Spätaussiedler« aus den anderen sozialistischen Ländern. Viele von ihnen landeten ziemlich bald in uns bekannten Fabriken und setzten schnell durch, so behandelt zu werden wie die »ansässigen« Türken, Kurden, Deutschen usw., einige eröffneten Läden mit vietnamesischen Lebensmitteln usw.. Fast alle von ihnen leben noch heute in Westberlin.

Die zweite Gruppe sind die »Vertragsarbeiter«, also über staatlich vermittelte Kontrakte in die DDR gekommene ArbeiterInnen. Gegen Ende hatte die DDR kaum noch Devisen, um Ersatzteile für Maschinen im Ausland zu kaufen. Die einheimischen Maschinenarbeiter weigerten sich, die Maschinen selbst zu reparieren. Die Arbeiter aus Vietnam waren den Umgang mit älterer Maschinerie gewöhnt, improvisierten die Reparatur und arbeiteten damit weiter. Auch sonst mußten sie Arbeiten machen, die die Einheimischen verweigerten.

Die meisten von ihnen kamen erst 1987/88 in die DDR, es galt als Privileg, ins sozialistische Bruderland reisen zu dürfen, zum Malochen, versteht sich, z.B. Gleisbau bei der Reichsbahn. Diese Arbeitskräfte wurden in Vietnam nach sozialer Unauffälligkeit und Zuverlässigkeit in der Arbeit ausgesucht, damit sie ihrem Heimatland im Ausland keine Schande bereiten und für einen guten Ruf sorgen. Einige erhielten eine Facharbeiterausbildung (3 Jahre), andere eine zum Werkmeister (5 Jahre). Sie waren, ähnlich wie die Kollegen aus Mozambik und Angola und im Gegensatz zu den StudentInnen etwa aus Kuba, stark isoliert in rigide kontrollierten Wohnheimen untergebracht, wo nur Landsleute wohnten — diese Isolierung wurde wohl nur selten durchbrochen. Inzwischen haben etwa drei Viertel von den etwa 15.000 VertragsarbeiterInnen eine Aufenthaltsbefugnis erhalten, die alle zwei Jahre verlängert werden muß und bei Straftaten usw. verweigert werden kann. Die meisten wohnen noch immer in Ostberlin.

Die dritte Gruppe sind die ohne ausreichende Papiere: Das restliche Viertel der VertragsarbeiterInnen hat sich beim Zigarettenverkaufen oder anderen Bagatellen erwischen lassen und sitzt jetzt ohne Befugnis da. Zu diesen kommen VertragsarbeiterInnen, die in anderen RGW-Staaten gearbeitet hatten und nach den Umbrüchen in Osteuropa die Chance nutzten, nach Deutschland zu kommen. Sie wurden hier nicht anerkannt. Und dann gibt es viele AsylbewerberInnen, die erst jetzt kommen oder nach Vertragsende in Vietnam waren und jetzt wieder nach Deutschland führen, weil die Familie die Abfindung verbraucht hat oder es z.B. zu wenig war für die Existenzgründung. Viele sind auch einfach neugierig, was sich hier alles verändert hat, seit sie hier waren. Sie leben meist ohne Genehmigung in den ab 1990 kaum noch kontrollierten Heimen, während manche der ehemaligen VertragsarbeiterInnen, die die Legalisierung geschafft hatten,

sich andere Wohnungen suchten. Das scheint ein wichtiger Teil der jetzigen Zusammensetzung in den Heimen zu sein, und mehrheitlich diese haben sich jetzt wohl gewehrt. Die westberliner *boat people* grenzen sich von den beiden anderen Gruppen ab, die Vertragsarbeiter von den Asylbewerbern, weil sie um die jeweils schon erreichte Integration oder zumindest Duldung fürchten. Das Bild der Vietnamesen in der Öffentlichkeit wird von ZigarettenverkäuferInnen geprägt, die Bullen unterscheiden nicht besonders, wen sie vor sich haben.

Die besondere Organisiertheit, die sich jetzt bei den Auseinandersetzungen im Wohnheim Rhinstr. gezeigt hat, beruht auf mehreren besonderen Voraussetzungen, die viele andere MigrantInnengruppen nicht haben: Sie leben im Wohnheim, nicht im Lager oder einer Privatwohnung. Alle im Wohnheim sprechen dieselbe Sprache. Viele wohnen schon länger da, sie haben Erfahrungen, sind »etabliert«. Die Rotation der Zusammensetzung ist langsamer als deren Fähigkeit, sich zu organisieren. Die Organisierung läuft stark über den Aufbau einer eigenen Ökonomie in den Heimen: Es gibt alle Arten von Dienstleistungen, Schneider, Friseur, Lebensmittelhändler usw.. Und es war sicher nicht nur ein Vorwand, daß die Razzia der Bullen u.a. mit mangelnder Hygiene und Schwarzhandel von Lebensmitteln begründet wurde.

Die Ostberliner Vietnamesen kommen heute unter Druck durch zwei verschiedene staatliche Tendenzen, die sich allerdings bestens ergänzen, wie der gute Bulle und der böse Bulle:

Innenminister Kanther will alle ohne ausreichende Papiere hier lebenden Vietnamesen abschieben. Seit einiger Zeit gibt es in den Heimen immer wieder bewaffnete Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Zigarettenhandel, bei denen auch einige Male Menschen geötet wurden. Aus diesen Schießereien wird das Bild einer straff organisierten Mafia konstruiert, und die VerkäuferInnen auf der Straße werden dann damit gleichgesetzt und es wird Hetze gegen sie getrieben. Die Bullen nehmen das als Einladung, richtig draufzuhauen, was sie bei uns nicht immer dürfen. Der Berliner Innensenat will die Heime schärfer kontrollieren, sie aber erhalten, damit alle greifbar sind, wenn die große Abräume für die Rückführung ansteht.

Seit letztem Jahr gibt es eine staatliche Kampagne gegen die ZigarettenverkäuferInnen, die sich u.a. in Abgreifen auf der Straße, Razzien in den Heimen, einer organisierten Pressekampagne (in der BZ vom 4.4.95 waren Fotos von ZigarettenverkäuferInnen ohne Balken unter der Überschrift: »Stoppen Sie diese Schmuggler, Herr Polizeipräsident!«) und Plakaten gegen Steuerhinterziehung ausdrückt, vor allem aber in den Dealereien mit dem vietnamesischen Staat über die Rücknahme abgeschobener Vertragsarbeiter und Flüchtlinge. Dazu kommt die rassistische Brutalität der Bullen vor allem in den Wachen, gut die Hälfte der von *amnesty international* recherchierten »Übergriffe« passierte in Berlin. Ein vietnamesischer Asylbewerber wurde am 5. Mai bei einer Razzia gegen Zigarettenhändler im U-Bahnhof Samariterstraße von einem Bullen angeschossen und lebensgefährlich verletzt. Er liegt immer noch im Krankenhaus.

Die »anti-rassistische« Ausländerbeauftragte Barbara John vertritt ein softeres Konzept der »Integration in die Migrationsgesellschaft« und will die Heime auflösen, um »den Sumpf für die Morde auszutrocknen«. Gleichzeitig würden damit die Zentren der Orga-

nisierung aufgelöst.

Erste Eingangskontrollen in einem Block eines großen Wohnheims in der Gehrenseestraße zeigen, daß diese Politik auf kalte Räumung der dort nicht Gemeldeten rausläuft.

Erst die Kombination von Kriminalisierung, Entzug des Zugangs zum offiziellen Arbeitsmarkt und von Sozialleistungen machte den Zigarettenhandel möglich. Die »Mafia« besteht bisher im wesentlichen aus »Schutzgeldgruppen«, die sich gegenseitig Reviere streitig machen. Die heftigen Verteilungskämpfe, die gerade ausgetragen werden, zeigen, daß es noch gar keine straff organisierte Mafia gibt, sondern daß diese sich erst durchsetzen muß.

Bisher haben alle Appelle, doch bitte die wegen der Tabaksteuer teureren legalen Kippen zu kaufen, auch weil an den anderen Blut klebe usw., wohl so viel Wirkung wie die Strafe von 75 DM, die du zahlen muß, wenn du als Kunde beim Kauf erwischt wirst.

Der Verein *Reistrommel* hat letztes Jahr angefangen, in Bernau bei Berlin die Mißhandlung von VietnamesInnen in Bullenwachen zu recherchieren, dann in Berlin weitergemacht. Von 72 Anzeigen gegen Bullen wurden 40 Verfahren schon eingestellt. Die Bullen haben von Anfang an versucht, mit Kriminalisierung von *Reistrommel e.V.* zu reagieren, es gab mehrere Vorladungen, im Zusammenhang mit dem Widerstand in der Rhinstraße ist jetzt einer von *Reistrommel* wegen »Anstiftung zum Landfriedensbruch« angezeigt worden.

Spendenkonto: Antirassistische Initiative e.V., Konto Nr. 3939606, BLZ 100 200 50, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort »Rechtshilfe VietnamesInnen« (für Anwalts- und Prozeßkosten) oder »Dang« (für den angeschossenen Vietnamesen).

Die Auseinandersetzung um die Anwesenheit der VietnamesInnen hat erst begonnen; wenn in ein paar Monaten der Rückführungsvertrag abgeschlossen sein wird, und alles deutet darauf hin, kann es richtig losgehen. *Reistrommel* erwartet eine Menschenjagd großen Ausmaßes. Gerade deshalb war es ein wichtiges Zeichen, daß sich Leute jetzt zur Wehr gesetzt haben, und wir sollten uns an diesen Kampf beteiligen.

(H.)

Zwei Stimmen zum 8. Mai aus dem Ausland

Im Folgenden dokumentieren wir ein Flugblatt der englisch/amerikanischen Wildcat-Gruppe, sowie einen Text aus den USA von Workers World. Mit beiden Texten können wir nicht widerspruchlos übereinstimmen, aber gerade im Zusammenhang mit dem 8. Mai finden wir es wichtig, über den eigenen »nationalen« Tellerrand hinauszublicken. Sonst fällt leicht unter den Tisch, in welcher Konfrontation Proletariat und Arbeiterklasse zu ihren eigenen Staaten stand, während diese »die Welt vom Faschismus befreien« und damit ein »Zeitalter der Vernunft« (Major in Berlin) einläuteten. Ebenso wird damit unterschlagen, daß Freiheit, Demokratie und Vernunft nur in den westlichen Industriestaaten zur Anwendung kommen sollten. Als z.B. das Proletariat in vielen afrikanischen Ländern – von dem zigtausende als Kanonenfutter von ihren Kolonialherren in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen worden waren – den »Sieg der Freiheit« wörtlich nahm und meinte, nun auch das Joch ihrer Herren abschütteln zu können, wurden sie schnell und blutig daran erinnert, daß ihre »Befreiung« nicht gemeint war. In den eurozentristischen Sichtweisen der deutschen »anti-deutschen« wird dies gerne vergessen. (Die Geschichte der Teilnahme afrikanischer Soldaten am Zweiten Weltkrieg und den Aufständen nach dem Ende des Krieges ist bisher auch in der Geschichtsschreibung kaum beleuchtet worden. Wir wollen für die nächsten Zirkulare einige Inforamtionen dazu zusammenstellen.) Dieser Blindheit ist allerdings nur konsequent, weil schon die falsche Unterstellung zum Ausgangspunkt genommen wird, Kriegsziel der Westalliierten oder der SU sei die Zerschlagung des Faschismus gewesen. Auf diese Weise entwickelt dann eine Linke, die sich vor einigen Jahren noch militant gegen jede Rüstungspolitik und Kriegstreiberei zur Wehr setzte, schleichend eine Vorstellung vom »gerechten Krieg« und es gehört mittlerweile zum guten Ton, sich bei Soldaten bedanken zu müssen. (Zur Vorstellung vom gerechten Krieg siehe den Artikel von Ekkart Krippendorff »Einen gerechten Krieg gibt es nicht« in der taz vom 8.5.95, der zeigt, daß es im Zweiten Weltkrieg nicht um die »Befreiung vom Faschismus«, sondern um Machtpolitik ging.) Diese schleichende Entwicklung hat schon bei der inner-linken Debatte um den Golf-Krieg und um Jugoslawien begonnen. Wir können den zunehmenden Ruf nach »gerechten Kriegen« – haben die USA ihn in Haiti nicht schön vorgeführt? – nur als Ausdruck erschreckender Ohnmachtsgefühle verstehen, genauso wie die wieder zunehmende Hoffnung auf den Staat als den Organisator der Menschlichkeit (z.B. die Forderung nach mehr Staatsgewalt gegen Nazis, die zunehmende Beteiligung an den Wahlen bei der letzten Bundestagswahl). Heute fällt es leicht, den »Verrat« der Sozialdemokratie bei der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 zu brandmarken. Vergessen wird dabei, daß es dieselbe Logik eines »gerechten Krieges« – nämlich gegen die brutale zaristische Diktatur in Rußland – war, mit der die Sozialdemokratie ihre Entscheidung verkaufen konnten. Wenn heute Linke und sogar Autonome den alliierten Soldaten nachträglich ihren »Dank« aussprechen, müssen wir uns fragen, gegen wen wohl der nächste »gerechte Krieg« geführt werden darf ...

Nun zu den beiden Texten. Mit Wildcat aus London haben wir zwar den Namen, nicht aber die Organisation gemeinsam (im Zirkular #1 haben wir schon einmal einen Text von ihnen übersetzt, zu Somalia). Das Flugblatt ist für Leute in Großbritannien ge-

schrieben und bezieht sich auf die dortigen Diskussionen. Schon deshalb ist es nicht unmittelbar für die Diskussionen hier zu verwenden. Einige pauschale Formulierungen (daß sich die »reichen Juden« der Vernichtung hätten entziehen können, was einfach falsch ist, oder das allgemeine Gerede von »zionistischer Propaganda«) laden – gerade in der hierzulande geführten Debatte – dazu ein, den Text ebenso pauschal zu verurteilen. Innerhalb des Zirkulkreises gab es daher einige Bedenken gegen die Dokumentation des Flugblatts. Ich sehe in dem Text, dem in seiner Kürze an vielen Stellen historische Oberflächlichkeit vorgeworfen werden könnte (was genauso für den Text von Workers World gilt), aber einen wichtigen Beitrag zu der Debatte um »Anti-Faschismus«. Unter den Vorzeichen von »political correctness« scheint es oft mehr darauf anzukommen, wer etwas sagt, als was er sagt. Würden wir z.B. ähnliche Aussagen und Analyseansätze von Rabbinern oder aus der jüdischen Forschung zitieren – und die gibt es –, könnten wir uns auf billige Weise gegen Vorwürfe wappnen. (Es wäre nur das Spiegelbild der Situation in einem us-amerikanischen Hörsaal, als ein Schwarzer kritiklos die Judenvernichtung rechtfertigen durfte – weil er schwarz war! Und Kritik an einem Schwarzen ist nicht p.c.!) Der Bruch, der sich in den Debatten um den 8. Mai abgezeichnet hat, geht tiefer, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Es geht sehr grundsätzlich um die Frage, ob wir an einen radikalen Kapitalismus-Kritik festhalten, ob wir den Staat und die Ausbeutung bekämpfen, oder ob wir uns allmählich mit dem Kapitalismus und seiner Demokratie als dem kleineren Übel abfinden wollen, da wir die Perspektive auf eine wirkliche Befreiung längst aufgegeben haben. An der Kritik des Kapitalismus festzuhalten, heißt nicht, die Einzigartigkeit der Judenvernichtung durch die Nationalsozialisten zu übersehen – das tut auch das Flugblatt von Wildcat/GB nicht. Aber es bemüht sich um eine radikalere Kritik an der »kapitalistischen Zivilisation«, die den Genocid in den verschiedensten Formen möglich machte und macht – heute weitaus besser getarnt als »Naturkatastrophen« oder »Stammesrivalitäten«.

Der zweite Text, »The hidden History of World War II« stammt von einer dieser us-amerikanischen ML-Gruppen, die dem Ende der SU nachtrauern und einen dogmatischen Klassenstandpunkt behaupten (also z.B. in einem Nebensatz die Unterstützung für Hitler auf den Mittelstand reduzieren). Aber der Text erinnert an einige Hintergründe, die verständlicherweise gerade für die GenossInnen in den USA von besonderer Wichtigkeit sind, wenn sie dem Image der USA als »antifaschistischem Befreier« entgegenzutreten wollen. Die Faszination westlicher Politiker für die »gesellschaftlichen Aufräumarbeiten« der Nazis ist heute genausogut dokumentiert wie die Tatsache, daß es eine schlichte Lüge ist, wenn sich us-amerikanische Militärs später hinstellten und erklärten, man habe von den Vorgängen in den KZs nichts gewußt. Zwischen 1943 und 1945 wurden 2000 Kassiber aus Auschwitz geschmuggelt, hauptsächlich von der ansässigen polnischen Bevölkerung. Gestützt auf diese Dokumente erschienen 1944 in der Schweiz 383 Presseartikel, in den USA 54 Artikel über das Morden in Auschwitz. (F.)

* * *

Faschismus – Anti-Faschismus

[Im Flugblatt folgen hier zwei Bilder, eines von Bergen-Belsen und eines von Dresden]

Finden Sie den Unterschied

In *Other Losses* (1) beschreibt Braque den vorsätzlichen Mord an deutschen Kriegsgefangenen durch die Alliierten während des und nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Terror der Roten Armee gegen deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten ist bekannter. Dieses Buch ist eines der wenigen Beispiele für eine Untersuchung der unterdrückten Geschichte des Massenmords an der Westfront:

»Es gibt keinen Zweifel, daß in den amerikanischen und französischen Lagern in Deutschland und Frankreich ab April 1945 eine enorme Anzahl von Männern aller Altersstufen, sowie einige Frauen und Kinder, an Erfrierung, Entkräftung, schlechten sanitären Bedingungen, Seuchen und Hunger starben. Die Zahl der Opfer betrug ohne Zweifel über 800 000, beinahe sicher über 900 000, ziemlich wahrscheinlich über eine Million. Ihr Tod wurde bewußt verursacht von Armeeeoffizieren, die über ausreichende Mittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu halten.«

In der britischen Zone hatten deutsche Zivilisten es relativ leicht, sie erhielten 1 550 Kalorien am Tag. Der Mindestbedarf liegt bei 2 250 Kalorien. In der amerikanischen Zone bekamen die ZivilistInnen etwa 1 275, in der französischen Zone 950 Kalorien am Tag. In einigen französischen Lagern waren es nur 800; soviel wie in Belsen, dessen Insassen man vorsätzlich hatte verhungern lassen. Die Franzosen brachten auch Leute durch Arbeit um. Das geschah zu einer Zeit, als Europa von eigenen und importierten Nahrungsmitteln sowie Zelten, Medikamenten und all dem anderen Material, das zur Behandlung von Zivilisten und Kriegsgefangenen entsprechend der Genfer Konvention nötig war, überfüllt war. Das Rote Kreuz und deutsche Zivilisten wurden daran gehindert, die Gefangenen in den Lagern zu versorgen. Abgesehen vom Massenmord an Zivilisten durch die britische und amerikanische Luftwaffe wurde nach der Untersuchung von Paul Fussell ein großer Teil der sich ergebenden deutschen Soldaten von den Alliierten auf den Schlachtfeldern ermordet.

Die aktuelle antifaschistische Propaganda, die Zionisten und die Linke kontinuierlich herausgeben und die Massenmedien bei wichtigen Feiern wie dem VE Day, legt den Schwerpunkt auf die deutschen Greuelthaten und versäumt es, die der Alliierten zu erwähnen. Es war leicht, ein Foto mit Opfern der Nazis zu finden, um dieses Flugblatt zu illustrieren, und schwierig, ein äquivalentes vom alliierten Holocaust zu finden. Sogar innerhalb des Nazi-Holocaust gehen sie selektiv vor; vom Mord an sechs Millionen Juden wird dauernd geredet, die zahlreichen anderen Gruppen von Opfern werden weitgehend ignoriert. Die Tatsache, daß es arme Juden waren, die ermordet wurden, wird nicht erwähnt. Die Reichen konnten entkommen, indem sie die Regierung bestachen, ihre rassische Klassifizierung zu ändern. Statt als kalkulierter Angriff auf die Arbeiterklasse wird die Politik der Nazis als krankhaft irrationaler Ausbruch von Haß darge-

stellt. Wie aus kürzlich in England veröffentlichten Regierungsdokumenten hervorgeht, fanden Alliierte Nachrichtendienste damals allerdings, die SS leiste saubere Arbeit bei der Beseitigung künftiger Unruhestifter.

Der Anti-Faschismus rechtfertigte nicht nur Dresden und den Mord an Kriegsgefangenen, er ist ein wichtiger Unterbau für die Neue Weltordnung mit den westlichen Demokratien am Ruder, mit ihren Journalisten, die ihre Kriegsverbrechen rechtfertigen und vertuschen, indem sie nur über die ihrer Feinde berichten. Die selektive Berichterstattung über Kriegsverbrechen hielt auch im Golfkrieg an. Nur Serben werden vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal zu Jugoslawien angeklagt, obwohl alle Seiten Greueltaten begangen haben. Die Menschenrechte sind heute das wichtigste Äquivalent zum Anti-Faschismus, aber auch der wird ab und zu ausgegraben und dazu benutzt, das selbstgerechte Bild vom Westen zu verstärken und die Öffentlichkeit auf die Dresden der Zukunft vorzubereiten. Die alliierte Version davon, worum es im Zweiten Weltkrieg ging, zu untergraben, ist immer noch eine vorrangige Angelegenheit. Diesen zentralen politischen Mythos der heutigen kapitalistischen Welt zu entlarven, ist viel wichtiger, als den Faschismus zu bekämpfen, und schließt letzteres nicht unbedingt aus. Die Version des Zweiten Weltkriegs, die Kindern heute in der Schule beigebracht wird, damit sie morgen für die Neue Weltordnung sterben. Anthropologiekurse an amerikanischen Universitäten lehren immer noch, daß japanische Soldaten lieber *massenhaft* Selbstmord begingen, als durch Ergeben ihr Gesicht zu verlieren. Das ist eine Lüge, die die Amerikaner erfanden, um den Mord an den Kriegsgefangenen zu vertuschen.

Die Versuche einiger konservativer Historiker, die Verbrechen der Nazis zu bagatellisieren, haben kaum Bedeutung im Vergleich zum Anti-Faschismus, der die Medienschweine auf seiner Seite hat bei seiner einseitigen Darstellung der Massaker 1939 bis 1945. Dabei sind sie ihrer eigenen Seite gegenüber nicht völlig unkritisch. Zum Beispiel gab es vor kurzem eine Diskussion darüber, ob die Bombardierung Hiroshimas dazu beitrug, den Krieg zu beenden. Hat sie nicht — es war der russische Angriff, der das japanische Oberkommando davon überzeugte, gegenüber den Amerikanern zu kapitulieren und damit das Land und die Monarchie intakt zu halten — aber der Punkt ist, daß es völlig unvorstellbar wäre zu diskutieren, ob die deutschen und japanischen Massaker gerechtfertigt waren oder nicht, während in der verschrobenen Logik des Anti-Faschismus die der Alliierten durchaus zur Debatte stehen.

Anarchisten und andere sagen manchmal, sie stimmten in vielem damit überein. Sie haben Jean Barrots *Faschismus/Anti-Faschismus* gelesen, aber, nun ja, es ist ein bißchen abstrakt, und, naja, wir wollen etwas *tun*. Also gehen sie auf jede anti-faschistische Demo, unterscheiden sich nie politisch von den Sozialarbeitern und Studenten und argumentieren, der Einsatz von mehr Gewalt sei ausreichend. Der Kampf gegen die Faschisten gebe ihnen die Gelegenheit, sich mit der Polizei zu konfrontieren, sagen sie. Aber das ist kein Grund, die anti-faschistische Linke zu unterstützen. Faschisten und andere Rechte sind auch mit der Polizei aneinandergeraten, und oft auch mit anderen Teilen des Staats wie z.B. dem Stadtrat, verteidigen sogar Leute gegen Räumungen, aber unsere anarchistischen Freunde stellen sich bei diesen Gelegenheiten nicht gegen die Polizei. Was sie eigentlich tun müßten, wenn sie konsequent wären. Denn sie meinen nicht, was sie sagen. Was sie wirklich meinen ist, daß Faschisten viel schlimmer sind als all die anderen Parteien.

Die britische Anti-Nazi League unterstützt die Stadtverwaltungen und fordert, der Staat solle Rassisten gerichtlich verfolgen. Auf Demos der ANL gehen, ohne sie in diesem Punkt zu kritisieren, heißt, ihr Komplize zu sein. Die Anti-Fascist Action versucht, die extreme Rechte von der alljährlichen Remembrance Sunday-Parade auszuschließen und unterstützt das Recht der großen Parteien, den alliierten Holocaust ohne Störungen durch unpatriotische Elemente wie die British National Party zu feiern. Der Kampf gegen die Polizei auf einer Demo unter den Parolen der ANL kann nur die Botschaft der Demokratie stärken. Diese Botschaft ist durchaus effektiv; wer als Priorität sieht, die Faschisten zu verprügeln, sollte in Betracht ziehen, daß der patriotische Populismus der ANL zieht; die Ende der 70er von der ANL verteilten Plakate und Flugblätter, in denen die National Front mit dem Dritten Reich gleichgesetzt wird, trugen eher dazu bei, die Masse der patriotischen Bürger davon zu überzeugen, diese Partei nicht zu wählen, als die Straßenschlachten.

Was bisher gesagt wurde, heißt in keinster Weise, daß wir den Faschisten nicht entgegenzutreten sollten. Es versteht sich von selbst, daß die Faschisten Feinde der Arbeiterklasse sind. Eine Politik, die die Immigranten für unsere Probleme verantwortlich macht, steht natürlich für Klassenspaltung. Aber die Faschisten sind keineswegs die effektivsten Anwender dieser Taktik. Die Proposition 187 [siehe Wildcat 64/65, S. 18-20], die darauf abzielt, arme lateinamerikanische Einwanderer in Kalifornien zu verfolgen, sie stärker unter Druck zu setzen und damit auf dem Arbeitsmarkt besser ausbeutbar zu machen, wurde von gewöhnlichen Politikern auf dem Wege des demokratischen Verfahrens eingeführt. Zeitpunkt und Art und Weise des Angriffs auf Faschisten sind taktische Fragen. In Situationen, in denen eine Klassenperspektive sich durchsetzen kann, muß der Kampf gegen den Faschismus usw. ins Verhältnis zu anderen Aktivitäten gesetzt und entsprechend der Möglichkeiten und Effektivität usw. abgewogen werden, genau wie alle anderen Aktivitäten. Klar, wenn faschistische Parteien, wie z.B. in Italien, ein bedeutender Teil des demokratischen Spektrums sind, dann müssen sie ernster genommen werden als in England oder den USA.

In den USA streitet sogar die Coalition for Human Dignity [Koalition für Menschenwürde] ab, daß sie jemals behauptet hätte, »Haßgruppen« seien verantwortlich für die Mehrzahl rassistisch motivierter Angriffe. Rassische Minderheiten verweisen, wenn sie danach gefragt werden, auf die Regierung als ihren Hauptfeind.

»... Bei aller guten Absicht, Schwarze leben in diesem Land in einem Polizeistaat, und es ist die Linie einer linken Mittelklassenmode, auf der ... faschistischen Gefahr ... herumzureiten, während 60% der weiblichen Gefangenen in den USA schwarz sind und jeder vierte schwarze Mann im Knast sitzt.« (*Love and Rage*, Dez. 93; die Statistiken mögen infrage gestellt werden, aber der grundlegende Gedanke haut hin.)

Ende 1994 lag der Anteil der schwarzen Gefangenen zum ersten mal über 50 Prozent. Der Anteil der Afroamerikaner an der Gesamtbevölkerung liegt bei 12 Prozent. Erst im Juni 1992 entschied das Oberste Gericht mit dem berühmten Mabo-Urteil, daß australische Aborigines Landrechte besitzen. Damit revidierte es die Position, daß Australien vor der weißen Invasion ab 1780 Niemandland war. Hitler behauptete nicht, daß Osteuropa unbewohnt war. Die Nazis ermordeten wahrscheinlich einen geringeren Prozentsatz der Bevölkerungen, die sie versklavten, als die Briten in Australien — und

die Ermordung der Aborigenes durch die Polizei geht weiter. Die Linken ignorieren das, aber bei Angriffen auf jüdische Friedhöfe werden sie wütend, als ob tote Juden verletzlicher wären als lebendige Aborigenes.

Vielleicht *gibt* es etwas bei den Nazis, das einzigartig war. Die westliche Zivilisation, besonders ihr angelsächsischer Zweig in Nordamerika, hatte schon vorher eine Vielzahl ganzer Kulturen ausgerottet, aber die Endlösung war ein noch nie dagewesener kalkulierter wissenschaftlicher Versuch von Völkermord. Die Experimente an Menschen, die Effektivität der Gaskammern, die Berechnungen, welchen Wert jeder tote Körper hatte, repräsentierten den Gipfel instrumenteller Vernunft, und nicht etwa eine Abweichung vom Fortschritt der geschichtlichen Entwicklung. Der Rassismus, einer der stärksten Bestandteile des Nazismus, wurde auf der Grundlage des bombastischen Rationalismus des Sozialdarwinismus formuliert. Und wann immer nötig, dient die Wissenschaft immer noch rassistischen Zielen. Deutschland ist eine entwickelte industrielle Demokratie. Das Nazi-Regime kam durch eine demokratische Wahl an die Macht.

Es ist unsinnig zu behaupten, die deutschen Kriegsverbrechen seien moralisch verwerflicher gewesen als die der Alliierten. Aber das ist die Logik dessen, was man uns jeden Tag erzählt. In London steht eine Statue von Bomber Harris von der Royal Air Force. Wenn jedoch der Chef der Luftwaffe Göring, vergleichsweise ein Fleischerlehrling, in Berlin auf ähnliche Weise geehrte würde, wäre es ein Verbrechen. Aber solche Vergleiche sind widerlich. Es geht uns nicht um Haarspaltereien, ob es schlimmer ist, Millionen Menschen zu vergasen, zu verbrennen oder sie verhungern zu lassen. Es geht nicht darum, ob es schlimmer ist, unter dem Faschismus zu leben oder unter der Demokratie. Faschismus ist in jedem Fall Teil der Demokratie, und historisch kam er zu Zeiten besonders schwerer Krisen an die Macht, als eine extreme Version des New Deal benötigt wurde, die die Nation zusammenschweißen würde. Die Arbeiterklasse war bereits vor 1933 von den Sozialdemokraten schwer geschlagen worden, und der Widerstand war dementsprechend wirkungslos. Die Nazis machten sich nicht daran, die »Organisationen der Arbeiterklasse« zu zerstören, sie integrierten einen großen Teil der Gewerkschaftsbewegung in ihre Arbeitsfront. Der einzige Weg, diese besondere Form kapitalistischer Politik zu verhindern, hätte darin bestanden, den Sumpf der Demokratie auszuspülen, der sie ausbrütete, und ihn durch die Diktatur von Organisationen proletarischer Macht zu ersetzen. Die Unterstützung des Anti-Faschismus ist die Unterstützung der Demokratie, die den Faschismus gebiert und all die anderen genauso kriegstreibenden und die Erde vergewaltigenden politischen Systeme.

Nie wieder Belsen — Nie wieder Dresden!
Nieder mit dem Faschismus — Nieder mit dem Anti-Faschismus!
Gegen Demokratie — für eine Welt ohne Politiker, Nationen und Kriege!

Wildcat, April 1995.

**BM CAT, London WC1N 3XX, England oder
PO Box 14549, Portland OR 97214, USA.**

- (1) J. Braque: *Other Losses*; Macdonald, London 1990.
- (2) Fussell, Paul: *Wartime*; OUP, Oxford 1989.

The hidden History of World War II

Part I: Corporate America and the Rise of Hitler

By Bill Doares

May 8 is the 50th anniversary of the defeat of Nazi Germany in World War II. United States President Bill Clinton, German Chancellor Helmut Kohl and Russian President Boris Yeltsin will gather in Moscow to commemorate that event.

Between 1933 and 1945, Hitler's Nazi regime conquered most of Europe and North Africa. It unleashed a war that took over 50 million lives. It forced tens of millions of people into slavery. And it carried out the biggest mass murder campaign of the 20th century. Six million Jewish people, half a million Romany and Signi people, and millions of Slavic people were poisoned in gas chambers, shot, deliberately starved or tortured to death in fiendish »scientific« experiments. Hundreds of thousands of disabled people, gay people and Communists, socialists and other anti-Nazis—many of them German—were also murdered by Hitler. These crimes were carried out in the name of »Nordic racial purity.«

The nightmare came to an end on April 30, 1945. Hitler blew his brains out as victorious Soviet troops closed in on his underground bunker in Berlin. His closest ally, Italian Fascist dictator Benito Mussolini, had been executed by Italian Communist fighters a day earlier. On May 9 the Nazi armies surrendered. Clinton, Kohl and Yeltsin are sure to recount all this on the anniversary. They will say the horrors must never happen again. But it will all be hypocrisy. They will conceal the class character of World War II. They won't say that Hitler and the Third Reich were creations of the capitalist profit system. They won't say that the millions of Soviet soldiers who gave their lives to defeat the Nazi war machine were fighting under the red flag of socialism. And they won't denounce the giant banks and corporations that financed fascism and profited from the Holocaust it unleashed.

Corporate America was pro-fascist

Hitler was made Germany's chancellor in 1933, at the height of the global crisis of capitalist overproduction known as the Great Depression. In Germany, one out of every three workers was unemployed. In the 1932 elections 13 million Germans had voted for Socialist or Communist candidates. Germany's wealthiest capitalists—the Krupps, Thyssens, Kirkdorfs, etc.—had funded the Nazi Party for nearly a decade. Now they wanted it in power.

On Jan. 3, 1933, Hitler was summoned to a meeting at the home of Reinhard Shroeder, a wealthy German banker, and asked to form a government. Within a year he was proclaimed fuehrer—absolute leader. Mussolini's Fascist Party had come to power in a similar fashion 11 years earlier. Germany and Italy weren't the only countries where big corporations financed fascist and racist movements during the Depression. In the United States half a dozen corporate magnates sat on the board of the pro-Hitler America First Committee.

The Du Pont dynasty that controlled General Motors and U.S. Rubber subsidized the

fascist American Liberty League. It also funded the black-hooded, Klan-like Black Legion, which bombed union halls and murdered dozens of Black people, immigrants and pro-union auto workers in the Midwest. Among the Legion's victims was the Rev. Earl Little, Malcolm X's father.

In 1934, the Du Ponts and Morgans tried to hire former Marine Gen. Smedley Butler to stage a fascist coup against the liberal Roosevelt administration. Butler told Roosevelt, and the plan fizzled. Gen. Douglas MacArthur was named in the plot. There was a Senate investigation. But it is a measure of the power of big business that no one was ever prosecuted.

Contract on Germany

The social crisis in Germany was deeper than in the U.S. and other capitalist countries. Germany was Europe's most industrialized country. But it had been defeated in World War I. Britain had seized its African colonies, and with France had carved up its »spheres of influence« in the Middle East, eastern Europe and China. British and French monopolies were raking in profits from the unpaid labor of millions of miners, plantation workers, oil workers and railway builders in Africa, Asia, the Middle East and eastern Europe. U.S. capital was expanding in Latin American and Asian countries, often behind Marine Corps bayonets. World War I had put all of Europe in Wall Street's debt. But German bankers and business owners had only the surplus value produced by Germany's own workers at their disposal. And much of that had to be forked over to their rivals as »war reparations.«

The carnage of World War I, which killed 20 million people, had unleashed a revolutionary upsurge in Europe. It began in Russia in 1917, with the world's first socialist revolution. In 1919 the German working class rose in insurrection. The revolution was betrayed and defeated—but it scared the capitalists into making concessions. German workers won the eight-hour day, unemployment insurance and other rights in 1919. In the 1930s, U.S., British and French corporations and their governments felt they could give concessions to labor and still make money. But Germany's capitalists saw only one way to reverse their declining fortunes—war.

War against the working class at home, and war abroad in pursuit of new colonies and cheap labor. That was Hitler's job. Hitler's first acts were to smash the unions and the Communist and Socialist Parties. The right to strike and collective bargaining were abolished, and wages fell. The Hitler regime also launched a massive military buildup. And it opened a vicious anti-Jewish campaign to confuse, divide and misguide the people, especially the frustrated middle class. Corporate profits soared.

Persecution and Profits

Not only German capitalists hailed Hitler. Big U.S. corporations like Ford, General Motors, General Electric, Standard Oil, Texaco, International Harvester, ITT and IBM, had invested \$1.5 billion in Germany during the 1920s. Their owners were as eager as their German counterparts to see the labor movement and working-class parties smashed in Germany. And they wanted to profit off the Nazi military buildup. Most of these companies continued to operate in Germany during the war—and many used concentration-camp slave labor. Henry and Edsel Ford, Irene du Pont, GM bosses James

Mooney, William Knudsen and Alfred Sloan, Charles Wilson and Philip Reed of General Electric, IBM founder James Watson, Standard Oil's Walter Teagle and James Farish, ITT's Sosthenes Behn, oil billionaire J. Paul Getty and Kennedy family patriarch Joseph Kennedy were among the many U.S. »captains of industry« who openly supported Hitler. So did James Forrestal and Paul Nitze of Dillon, Read and Company, and John Foster Dulles of the corporate law firm Sullivan and Cromwell. Both companies were involved in floating loans for the Third Reich. GM's Knudsen called Nazi Germany »the miracle of the 20th century.« In 1939 Dulles told the Economic Club of New York: »We have to welcome and nurture the desire of the New Germany to find for her energies a new outlet.«

Dulles later became secretary of state under the Eisenhower administration. His brother Allen—who as a young Foreign Service agent helped install Europe's first fascist regime, that of Miklos Horthy in Hungary in 1921—became the CIA's first director. In 1932 both Dulles brothers boycotted their sister Eleanor's wedding because the bridegroom was Jewish. Forrestal went on to become the first U.S. secretary of defense. His career ended in 1949 when he threw himself from the window of Bethesda Naval Hospital after screaming that »Jewish Communists« were coming to get him.

Henry Ford and GM's James Mooney became personal friends of Der Fuehrer, who awarded them both the Order of the German Eagle, the Third Reich's highest honor, in 1938. Ford was singled out for praise in Hitler's book »Mein Kampf.« Ford's pro-Nazi sentiments reached beyond his pocketbook. He wrote a vicious anti-Semitic tract called »The International Jew« that was reprinted by the Nazis. His plants in Germany adopted an »Aryan-only« hiring policy in 1935, before Nazi law required it. In 1936 Ford dismissed its German manager, Erich Diestel, because he had a Jewish ancestor.

Still, there were frictions between Wall Street and the Third Reich. Hitler represented German, not U.S., capital. He outraged U.S. investors by restricting repatriation of profits and canceling Germany's bond payments. Nonetheless, there were still profits to be made. U.S. investment in Germany grew by nearly 49 percent in the 1930s. It fell everywhere else in continental Europe.

Besides, Wall Street's and Washington's attitude toward Hitler wasn't guided solely by concern for immediate profit. It was clear that Nazi Germany was preparing for war—and that it was casting covetous eyes on eastern Europe, which German capitalists have always viewed the way Wall Street views Latin America. Wall Street and Washington—and London and Paris—wanted to ensure that the Nazi war drive went even further east. They wanted to use Hitler to destroy the country that every capitalist hated: the socialist Soviet Union.

[Sources for information confirming the ties between U.S. big business and the Nazis include the diaries of U.S. Ambassador to Germany William Dodd, 1934-38; the war diaries of U.S. Treasury Secretary Henry Morgenthau; and »The Collapse of the Weimar Republic« by David Abraham.]

Reprinted from the May 4, 1995, issue of Workers World newspaper.

For more information contact Workers World, 55 W. 17 St., NY, NY 10011; via e-mail: ww@wwp.blythe.org.

Uniklinik Freiburg:

Alles wird gut, aber nur wenn sich was tut!!

**Neues zur Rechtsformänderung und anderen Dingen,
die endlich angepackt werden sollten:**

Auf der letzten Personalversammlung wurde Balsam auf die Wunden geschmiert, die durch die Ankündigung einer Rechtsformänderung bei vielen ArbeiterInnen der Uniklinik aufgetreten waren. Nicht das eine wundersame Heilung eingetreten wäre, nein, Landespolitiker und ÖTV/Personalrat haben vielmehr zunächst das Größte verbunden. Die Rechtsformänderung ist aufgeschoben (nicht mehr in dieser Legislaturperiode) aber nicht aufgehoben, wie der Personalrat immer wieder betonte. Und ganz so, wie es im Gesundheitswesen üblich ist, hat das Objekt der Begierde (PatientInnen, oder im Falle der Rechtsformänderung, die ArbeiterInnen der Uniklinik) wenig mitzureden. Es wird ihnen die Möglichkeit und die Fähigkeit mitzumischen, ihre Belange selber in die Hand zu nehmen, abgesprochen. Natürlich, die nun scheinbar eingetretene Atempause wird uns als unser Erfolg angelobt. »Unsere Bewegung« (so der Personalrat) hätte die Landespolitiker beunruhigt, die fürchten nun um ihre angeblichen WählerInnen (von den FlugblattschreiberInnen hat die übrigens keiner gewählt) und lassen das heiße Eisen Rechtsformänderung wieder kälter werden.

Aber mal Hand aufs Herz, wer hat sich denn »bewegt«, außer vielleicht ein paar Fingerbewegungen, um eine Unterschrift auf ein Blatt Papier zu plazieren!? War's das jetzt etwa schon!? So müssen einige gedacht haben, anders läßt sich die ratlose Stille, die auf der Personalversammlung nach den längeren Ausführungen des Personalratsvorsitzenden zu Gesundheitssystem und Rechtsformänderung eintrat, nicht erklären. Sicher, bei vielen wird auch eine Portion Erleichterung darüber mitgeschwungen haben, daß die angekündigten Schrecken erstmal nicht eintreten.

In dem Vortrag wurde zwar die Notwendigkeit beschworen, »grundsätzlicher« die anstehenden Umstrukturierungen im Gesundheitswesen zu thematisieren, aber an keiner Stelle wurde eine Ahnung davon gegeben, wie das konkret aussehen könnte. Außer in die ÖTV einzutreten natürlich. ÖTV und Personalrat werden ihre Ohren an den heißen Drähten der Landespolitik haben und »uns rufen«, wenn das Thema Rechtsformänderung wieder »heiß« wird.

Gefallen hat das auf der Personalversammlung nicht allen. »Aber wir müssen doch jetzt was tun«, das kam von einigen, aber was soll mensch sagen, wenn das Thema erstmal verschoben ist. In einem hat der Personalrat recht: es ist nicht gut möglich, sich gegen ein für uns nur schwer greifbares Unterfangen (wann kommt die Rechtsformänderung?, was geschieht dann genau?...) monatelang »zu mobilisieren«. Wer sich »bewegen« will, braucht konkrete Dinge, Sachen die mensch durchsetzen will oder nicht mehr sehen will, oder auch einfach Ideen, die wir zusammen mit anderen diskutieren bzw. machen wollen.

Wir meinen, daß es überhaupt nicht gut ist abzuwarten, bis wir uns wieder gegen die

Rechtsformänderung »mobilisieren dürfen«. Die Atempause wird als unser Erfolg dargestellt, damit wir meinen, zunächst wäre ja alles wieder im Lot. Dem ist aber nicht so und den Mechanismus der hinter dieser Politik steht, sollten wir nicht mitmachen: zunächst wird der »Ballon Rechtsformänderung« aufgeblasen und hochgehievt, dann wird er erstmal wieder eingeholt, und im Windschatten dieser Geschichte laufen Dinge, die dann niemand mitbekommt, oder die dann niemand interessieren:

– es häufen sich Berichte von **Stationen**, daß frei gewordene Stellen nicht mehr besetzt werden – mit Hinweis auf die PPR (Pflege-Personalregelung – die Bögen, auf denen per Ankreuzerei die PatientInnen in Kategorien gefasst werden, um auszurechnen, wieviel Arbeitszeit pro PatientIn verbraucht wird – unsere Produktivität soll ermittelt werden).

Wir sind gegen jegliche Stelleneinsparungen wegen der unsäglichen Pflege-Personalregelung!!

– das »**Freiburger Putzprojekt**« bedeutet für die Frauen mehr Arbeit. Nicht nur das auf den Stationen jetzt weniger Stellen verblieben sind, im sogenannten »*Reinigungskonzept des Universitätsklinikums Freiburg – Ausführungen für den Pflegedienst*« werden teilweise zusätzliche Arbeiten aufgeführt: »*Nach Entlassung der Patienten Schränke und Nachttische außen und innen gründlich naß reinigen. Betten abziehen und Wäsche in gelbe Säcke entsorgen...*«

– die **Transportzivils** sollen nun auch die Frauenklinik und Neurologie mitversorgen, ohne neue Leute zu bekommen, wobei für ausgeschiedene Leute niemand mehr eingestellt werden soll.

– in der **Zentralküche** will der neue Chef mit »eisernem Besen« kehren. Auch dort wurde auf einer Versammlung Druck auf die Leute ausgeübt, indem eine Privatisierung der Küche thematisiert worden ist. »Wenn ihr eure Verträge einhaltet, dann wird euch aber nichts passieren«, so sinngemäß der Personalrat. Gemeint ist damit die Streichung von Pausen, die sich die Frauen bei dieser stressigen Arbeit erkämpft haben. Außerdem sollen zu Beginn des nächsten Jahres die Aushilfen der Zentralküche entlassen werden, für ausscheidende ArbeiterInnen sollen weniger Neue eingestellt werden. Es liegt auf der Hand, was das für die anderen bedeutet.

Keine Entlassung der Aushilfen, nervt den Chef und lasst euch nicht nerven, lasst euch die Pausen nicht streichen....!!

Die Liste aus anderen Bereichen ließe sich fortführen. An dieser Stelle wollten wir nur in aller Kürze deutlich machen, daß es angesagt ist, jetzt was zu machen und es genügend Ansatzpunkte gibt! Die Umstrukturierungen haben bereits begonnen, auf eine Änderung der Rechtsform brauchen wir nicht zu warten. Mit dem »Ballon Rechtsformänderung« sind wir in die Startblöcke geschickt worden, jetzt ist die Startpistole erstmal wieder eingepackt worden. Aber wir werden uns Verkrampfungen holen, wenn wir in dieser Position verharren und dann nicht mehr starten können, um den »Ballon Rechtsformänderung« auch wirklich zum platzen zu bringen.

Gegen eine Änderung der Rechtsform!!

Gegen jegliche Einsparungen und sogenannte »bessere Wirtschaftlichkeit« auf Kosten der ArbeiterInnen und der PatientInnen!!

Geschrieben wurde das Flugblatt von einer Gruppe PflegerInnen der Uniklinik. Bisher sind wir nur eine Handvoll Leute, die Lust – und auch einige Ideen – haben, die trügerische Ruhe nach dem »ersten Rechtsformsturm« zu durchbrechen. Wer mitmachen will, noch andere Punkte bereden will, die/der melde sich umgehend bei folgender Adresse:

c/o Initiative »Rastlose ArbeiterInnen Fantome« (R.A.F.)

**Raus aus dem Wartesaal, hinein in die Praxis!!
wir werden nicht warten, bis wir gerufen werden?**

* * *

Und noch ein Flugblatt aus Freiburg:

»Die Wiederentdeckung der Nutzpflanze Cannabis Marihuana«

Hanf

.. Mit dieser Utopie des »ökologischen Kapitalismus« ist es dem Kapital gelungen, eine gewisse neue Legitimationskraft bezüglich »Umwelt« zu gewinnen, Innovationen durchzuziehen und sich in einigen Bereichen unter dem Markenzeichen »ökologisch« zu erneuern ... **daß der Ökologismus des Kapitals nichts an den Lebens- und Arbeitsbedingungen ändert: im Gegenteil – daß jede Bewegung der ArbeiterInnen in diese Richtung sofort ausgebeutet wird und in mehr Arbeit, höheren Preisen, stärkerer Kontrolle mündet.**«

Macht Kohle – legal, illegal, scheißegal

Wer glaubt nicht gern den Versprechen der Strategen aus Werbung und Wirtschaft? All die Verheißungen von einer schönen, neuen, aber natürlich auch ökologischen Welt. Jetzt gehört die Zukunft dem Hanf. Kapitalismus goes Cannabis sativa. Business as usual. Seit September 1993, als das Buch »Die Wiederentdeckung der Nutzpflanze Hanf« einem kritischen und aufgeweckten Publikum zu Verfügung gestellt wurde, kann man sich nicht mehr retten vor Produkten & Vorzügen dieser heiligen NUTZPFLANZE, so unbestritten es sein mag, daß aus dieser wunderbaren Pflanze die tollsten Dinge gewonnen werden können (über 50.000 Produkte). Sei es das Cannabis Dusch & Fun, Hanfstoff oder warum nicht gleich das Cannabis Abenteuer Team – alles möglich, kein Problem! Selbst Werbeträger aus der Politik wären denkbar. Man stelle sich vor: Typen wie Joschka Fischer in der neusten ultra scharfen Hanf-Jeans in Werbespots für das Duale System Deutschland: Ist die Hose dann am Arsch, wird sie ja gesammelt – da wird noch was draus gemacht, sei's Papier oder ein Blumenstrauß... zum kotzen. Dem Kapitalismus ein grünes Gesicht, und die verdienten Dollars werden von nun an auf

50% Hanf Cannabis sativa und 50% Recycling Papier gedruckt. Spitze! Grüße an die Papierindustrie (siehe Hanf Buch) für die mutige Pionierleistung von SCHNEIDERSÖHNE, einer Firma mit toller Betriebsorganisation, Löhnen unter Tarif und stupiden, beschissenen Arbeitsbedingungen... Es wird auch viel von den Chancen gesprochen, die sich der Landwirtschaft bieten würden durch ein neues agrarisches Produkt mit Zukunft. Im Moment kommt das meiste Cannabis Rohmaterial wohl aus der GUS, Rumänien und China, ergo eigentlich aus »Dritte-Welt-Staaten«: An diesem Zustand wird sich auch nichts ändern, können diese Länder doch aufgrund miserabler Arbeitsbedingungen und mieser Löhne wesentlich billiger produzieren. Alles wie gehabt, eine Ware wie jede andere auch, den Bedingungen des Weltmarkts unterworfen... Der Markt für den Absatz der Produkte, besteht hier (noch) aus den Ökos und Alternativen, nicht zu vergessen die ganzen Prohibitionsgegner, z.B. »Typen« die schon mal heimlich einen Joint rauchen und es jetzt unheimlich fortschrittlich & subversiv finden, den Joint – »allerhanf« – schon mal mit »CANUMA« Papers drehen zu dürfen. So wird die geforderte gewerbliche Nutzung oftmals von manch bekiftem Hirn mit der Liberalisierung des Drogenkonsums verwechselt. Denn dank Wissenschaft und Gentechnik gibt es schon fast vollkommen THC freie Sorten, und die Hanfhandcreme wird wohl auch nicht knallen – oder? So richtig es ist, Veränderungen zu wollen, wenn diese vielleicht auch erst mit kleinen Schritten in Richtung bessere Welt stolpern, sollten doch auch Fragen die Debatte begleiten, in denen nach dem wie und warum, nach der Henne und dem Ei gefragt wird. Viele Probleme, seien es solche ökologischer oder gesellschaftlicher Natur, sind oftmals Folgen und Ausdruck der Organisationsform des Kapitals. Scheißegal, ob er uns verkleidet als sozialistischer Staatskapitalismus seine Fratze zeigt oder im »alles befriedigenden« Ökokapitalismus seine Früchte trägt. Ausbeutung durch Lohnarbeit bleibt Knechtschaft. Die Kopplung von »Leben« an Lohntüten ist ein permanenter Zwang zum Verkauf unserer Arbeitskraft. Dieses System saugt uns aus wie ein Vampir, der uns nicht nur das Leben nimmt, sondern auch noch von unserer Kraft lebt. Natürlich ist es zu platt, nur vom »Bösen Onkel Kapital« zu sprechen, wir alle helfen mit, den Kapitalismus immer wieder aufs Neue zu reproduzieren, sei es mit unseren Ideen, Bedürfnissen, Wünschen oder mit unserer Arbeit.

Wir müssen gegen dieses System kämpfen, es ihm nicht erlauben, sich auf unsere Kosten immer wieder aufs Neue zu restaurieren. Immer wieder werden findige Apologeten wie Mathias Bröckers im »off« erscheinen und die tollsten Dinge versprechen. Auch wenn es den Anschein hat, die ganze Sache sei der Tendenz nach richtig, muß man das ganze hinterfragen. Denn weite Teile von Jack Herers Buch, das sich mit den Möglichkeiten der Nutzung beschäftigt, sind schön und gut, solange ein paar wenige diese Alternativen nutzen. Aber in diesem System werden sich auch die bestgemeintesten Versuche eher ins Gegenteil verkehren und dann in so perverser Form durchsetzen, daß diejenigen, die sich heute aus Idealismus dafür stark machen, wünschen werden, nie das Maul aufgemacht zu haben. Besitzer von sog. »HanfHäusern«, wie Herr Bröckers werden immer anderer Meinung sein wie wir, ihm geht es um den Aufbau eines bundesweit agierenden Konzerns, uns geht es um eine bessere Welt, gegen dieses System aus Arbeit und Sklaverei, mag es sich einen noch so grünen Anstrich geben. Propheten mit einem gewissen Hang zum Geld haben wir genug... ■

Finale Eindrücke vom autonomen Kirchentag

Dieses eher unvermittelte Sammelsurium von Themen und Diskussionsvorschlägen hatte mich von Anfang an skeptisch gemacht. Das vorwärtsweisende Potential, das sich in der Klärung der vorbereiteten Fragen hätte entfalten können, erschien mir nicht besonders groß oder spannend. Aber wer kann heute schon sagen, was die vorwärtsweisenden Fragestellungen sind?

Ich hatte das Bedürfnis, eher selbstreflektierend, die eigenen Erfahrungen in sozialen Bewegungen, in Kampagnen und politischen Projekten nach ihrer Bedeutung für eine Neuorientierung zu befragen und die uns dabei immer wieder begegnenden Widersprüche zu diskutieren.

Die Widersprüche – zwischen unserem moralischen Ghetto und der zwiespältigen gesellschaftlichen Wirklichkeit,

- zwischen pubertärem, rebellischem Gestus und verbindlichem politischem Projekt,
- zwischen »Wir wollen Alles« und selbst auferlegtem Verzicht,
- zwischen dem Sprengen von gesellschaftlichen Konventionen und dem Schaffen von eigenen,
- zwischen dissidenter Selbstproduktion und ihrer Enteignung als Innovation,
- zwischen den Geschlechtern und dem gegenseitigen Begehren der Geschlechter.

Die Neugierde, ob es auch andere gibt, die dieses Bedürfnis und diese Fragen im Kopf haben, und ob sie sich auf dem Kongreß in irgendeiner Form ausdrücken hat mich dann doch nach Berlin getrieben.

Natürlich hätte ich auch eine eigene AG zu diesem Thema anbieten können, aber das hätte das Sammelsurium nur um eine Beliebigkeit mehr erweitert. Mir ging es einfach um ein Stimmungsbild, um einen Gesamteindruck.

Ich bin »ent-täuscht« worden. Meine Fragen spielten auf dem Kongreß allenfalls am Rand eine Rolle. Definitionsgezänk, das sich Um-den-Kopf-hauen von Abstraktionen und »Ismen« oder Dummheiten, wie z.B. die Vorstellung, daß alle Menschen um uns, als von den Medien ferngesteuerte Roboter, in Reihen marschieren, bestimmten mein Bild vom Kongreß.

Auch einige positive Initiativen, wie die AG zur Lohnarbeit, konnten meinen Eindruck, daß die meisten offensichtlich davon ausgingen, wir könnten einfach immer so weitermachen, nicht relativieren. Die Selbstbejubelung beim Abschlußplenum überzeugte mich dann auch davon, daß viele mit diesem »Irgendwie Weitermachen« sogar ganz gut leben konnten.

Trübung erfuhr der autonome Kirchentag allerdings durch den tobenden Geschlechterkampf. Der Vorwurf einiger Frauen, der Kongreß sei männerdominiert, wühlte all die ungelösten Fragen zum Geschlechterverhältnis hervor, die wir uns so ungern stellen. Wie so oft folgten der Konfrontation mit diesem Vorwurf Irritation, Verunsicherung und Streit. Die Vorstellung, diesen Konflikt jetzt lösen zu müssen und auch lösen zu können mündete in ein Klima der Repression, das den Kongreß überschattete.

Unsere eigene Begrenztheit und das Unvermögen, den Geschlechterwiderspruch als andauernden Prozeß der Auseinandersetzung zu begreifen, der uns begleitet, solange es »Geschlechter« geben wird, diese Beschränkungen wurden weggelogen durch das Aufstellen von Verhaltensregeln.

Immer und überall wo sich zu Wort gemeldet wurde, bestand der unausgesprochene Zwang, seinen Haß aufs Patriarchat und seine Freundschaft zu Behinderten und Migranten vor sich herzutragen, so platt und plakativ es auch erscheinen mochte.

Als auf dem Abschlußplenium ein Genosse diesen Widerspruch noch einmal aussprach – er benutzte den Begriff »Benimmregeln« – wurde ihm von Frauen und Männern Sexismus vorgeworfen und ihm das Wort verboten. Er wurde zum Opfer dessen, was er versucht hatte zu kritisieren.

Dieser Zwischenfall und die darin zum Ausdruck kommende Definitionsmacht, die plötzlich diejenigen erhalten die den Konflikt scheinbar produktiv betreiben hat mich unendlich wütend und, in meiner Wut gefangen, ohnmächtig gemacht. Ich habe dann den Saal verlassen.

Wir brauchen keine Benimmregeln und keine Denkverbote. Verhaltensregeln verdecken unsere eigenen Widersprüche und Konflikte. Sie sind das Ergebnis der Hilflosigkeit, mit diesen Konflikten nicht umgehen zu können. Oder wollen wir mit ihnen auch gar nicht umgehen? Wer sich immer schön an die Regeln hält, der wird nicht auffallen, der wird nirgendwo anstoßen, egal was er oder sie im Kopf hat. Aber genau dieses Anstoßen ist wichtig. Ein Weiterkommen gibt es nur in der offenen Auseinandersetzung, indem Konflikte an Ort und Stelle ausgetragen und nicht unterdrückt werden. Ich dachte immer, das sei selbstverständlich.

Vielleicht ist dieses Umsichschlagen ein Teil der Deformationen, die am Ende eines Kampfzyklus immer schon auf uns warteten? Vielleicht sind diese nach innen gerichteten Zerfleisungen Ausdruck der Hilflosigkeit eines politischen Konzeptes, das nicht mehr in der Lage ist, sich neu zu bestimmen, das sich einfach überlebt hat, aber beharrlich weigert abzutreten?

Die Erfahrung dieses repressiven Klimas und die neu gewonnenen Einsichten in den Zustand unserer Bewegung haben mich wütend und traurig gemacht. Ich glaube, daß an diesem Wochenende in Berlin etwas in mir zerbrochen ist.

Fixogumm

HausbesetzerInnenkongreß vom 12. bis 14. Mai in Leipzig

Es waren etwa 150 bis 200 Leute, die an der Auftaktveranstaltung und den Arbeitsgruppen teilnahmen. Die kamen aus 20 bis 25 Städten in der BRD, Schweiz, Niederlande und Dänemark (u.a. Leipzig, Potsdam, Freiberg (Sach.), Berlin (ost und west), Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf, Bielefeld, Oberhausen, Düsseldorf, Rotterdam, Amsterdam, Bern, Oldenburg, Bremen, Rüsselsheim, ... Dabei stellten die westdeutschen Städte ca. 60 bis 70 Prozent, die ostdeutschen vielleicht 20 bis 30, die anderen 10 Prozent.

Am Freitagabend beim Eröffnungsplenum gab es zwei Referate. Wir waren vorher gefragt worden, ob wir unser Referat nicht schon auf dem Eröffnungsplenum vortragen wollten. Eigentlich hatten wir vorgesehen, dies in einer Arbeitsgruppe zu halten - mit Leuten, die schon eher mit unserem Ansatz was anfangen könnten. So schienen wir lange Zeit sogar das einzige Referat halten zu müssen und konnten die VeranstalterInnen erst kurz vor dem Kongreß überzeugen, noch selbst eins zu vorzubereiten. Das wurde dann von einer Person formuliert und vorgetragen. Er beschrieb darin die verschiedenen Ansätze von Hausbesetzungen in der West-BRD seit den frühen 70ern (Spontis in Frankfurt, Proletarische Front in Hamburg, Autonome in Berlin usw.). Dabei strich er die Grenzen der Bewegungen heraus: keine Ausweitung der Kämpfe, Ghettoisierung, Nischenpolitik. Seiner Meinung nach übernahmen Teile der HausbesetzerInnenbewegung in der Ost-BRD ab 1990 nur den Mythos der West-Bewegung und stülpten sie den Hausbesetzungen im Osten über (Militanz, Ausrichtung gegen den Staat(Bullen, usw.) Dabei übersahen sie die Unterschiede: im Osten fanden die Hausbesetzungen Anfang der 90er in einer Zeit statt, in der der Staat diesen erst einmal relativ offen gegenüber stand. Es gab keinen konsequenten, staatlich gesteuerten Angriff. Dagegen standen die Häuser im Mittelpunkt von Faschoangriffen und mußten sich dagegen wehren. Dann brach das Referat relativ abrupt ab und versuchte sich an Positionen von uns abzuarbeiten (wir hatten ihm vorher eine Kopie unseres Referates gegeben). Dabei schälten sich folgende Thesen heraus:

- Lohnabhängige partizipieren am Kapitalismus.
- Lohnkämpfe sind nicht auf Gleichheit ausgerichtet, sondern es geht nur darum Besitzstände zu verteidigen.
- Rassismus kommt von der Bevölkerung selbst, wird dann staatlich institutionalisiert.
- Die Bevölkerung ist autoritär-chauvinistisch orientiert.
- Deswegen kann es nur ein taktisches Verhältnis zu den KiezbewohnerInnen geben, wenn es um die Häuser geht.

Offensichtlich ging es ihm darum, die Perspektive Klassenkampf infrage zu stellen. Dabei zog er sich dann auf die Argumentation von der »integrierten Metropolenklasse« und ihrem »Rassismus/Nationalismus« zurück. Da er vorher schon die bisherigen Erfahrungen mit Hausbesetzungen kritisch analysiert hatte und zum Schluß gekommen waren, daß dabei wenig herausgekommen ist, blieb am Ende die Perspektive offen. Als Vorschlag stand dann nur noch die Sicherung der Häuser auch über taktische Bündnisse mit

der »Kiezbevölkerung« im Raum.

Danach hielten wir dann unser Referat. (Siehe unten im Wortlaut) Bei diesem ging es vor allem darum, ausgehend von den Erfahrungen mit Hausbesetzungen in den letzten Jahrzehnten, die richtigen Fragen zu formulieren. Wir konnten nicht erwarten, daß bei dem Kongreß antikapitalistische Perspektiven und Revolution überhaupt diskutiert würden. Die Thesen zu Hausbesetzungen sollten also deren begrenzte Perspektive deutlich machen und eine Diskussion über gesellschaftliche Veränderung einleiten.

Am Samstag ging es dann in die Arbeitsgruppen. Zwei davon seien kurz beschrieben: (von fünf; die anderen waren: Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen (Verträge, Genossenschaften usw.), BesetzerInnenräte, Projekt O (so ein anarchistisches Nischenprojekt wie Projekt A im Westen, dies hier im Osten))

1. In der Arbeitsgruppe »Öffentlichkeitsarbeit und Kiezpolitik« (erst ca. 40, später 60 Leute) ergab sich sofort eine Auseinandersetzung darüber, was denn überhaupt »Kiez« sei, der Stadtteil in dem die Häuser sind oder die alternativen Strukturen. Dabei ergaben sich drei Positionen:

- Den einen ging es in erster Linie um ihr Haus als Treffpunkt für die Szene, als Raum, den sie erstmal sichern und verteidigen müssen. Dabei spielten die anderen BewohnerInnen im Stadtteil nur eine Rolle als potentielle UnterstützerInnen.
- Andere betonten immer wieder die Beziehung von der »Kiezbevölkerung« zu ihrem Haus. Sie wollten eine Auseinandersetzung auch mit den Problemen anderer BewohnerInnen. Es ging ihnen immer wieder darum, wie ihr Haus Treffpunkt für andere Leute wird (über Kneipe oder Jugendraum), wie sie dadurch akzeptiert werden usw. Das blieb dann aber bei dieser Fragestellung stehen: wie komme ich mit den BewohnerInnen zusammen?
- Eine dritte Gruppe stellte sich die Frage, was aus den Hausbesetzungen der letzten Jahre herausgekommen ist. Dabei gab es Beiträge aus Leipzig, Frankfurt und Berlin, in denen betont wurde, daß sie keine Perspektive gesellschaftlicher Veränderung eröffnet hätten, sondern lediglich eine kleine Struktur von Häusern, Alternativläden usw. übrig geblieben wäre - die zudem politisch noch fragwürdig wäre (Nische, ...) Wir schafften es aber nicht, an diesem Punkt konkreter zu werden und genauer über Erfahrungen mit anderen Versuchen zu reden (Flüchtlingsinitiativen, ArbeiterInnenkampf ...)

Es wurde dann beschlossen, die Arbeitsgruppe zu teilen: ein Teil wollte weiter über Hausbesetzungen und Öffentlichkeitsarbeit diskutieren, die anderen über Perspektiven (von Hausbesetzungen oder des Kampfes insgesamt blieb erstmal unklar).

In Diskussion in der zweiten Gruppe blieben unterschiedliche Positionen nebeneinander stehen, wurden allenfalls klarer formuliert. Es ergaben sich drei Vorschläge, die an Beispielen erläutert wurden:

- Eine Gruppe aus Düsseldorf hat erkannt, daß die bisherige autonome Kampagnenpolitik in die Sackgasse führt. Sie haben versucht, mit StudentInnen ein Haus zu besetzen (ehemalige Alliiertenwohnungen), was lediglich dazu führte, daß die Häuser nun von der Stadt zwar nicht verkauft, aber zu Sozialwohnungen umgebaut werden. Es geht ihnen nun darum, neue Perspektiven des Kampfes zu diskutieren und dabei aus dem

Ghetto auszubrechen. Das setzt aber voraus, daß erst einmal die Gruppe einen gewissen Informationsstand erreicht. Deswegen lesen sie gerade viel (leider habe ich nicht nachgefragt, was) und versuchen, in Diskussionen darüber gemeinsam Standpunkte zu erarbeiten. Erst wenn sie genau wüßten, wo es lang geht, könnten sie dann anderen Leuten auch was vermitteln.

- Ein Vertreter von Projekt A, von einer anarchistischen Kollektive in Oldenburg, die Regale herstellen, schlug die Thematisierung des »Ökonomischen« vor. Wichtig wäre doch, andere Formen von Arbeit zu etablieren und damit zu beweisen, was »anders« machbar sei (sorry, ich führe den Standpunkt hier nicht weiter aus; Anarchokapitalismus pur).
- Wir erläuterten dann den Ansatz der BauarbeiterInneninitiative in Berlin als Versuch, sich auf ArbeiterInnenkämpfe zu beziehen, deren Erfahrungen zu diskutieren, den Informationsfluß zu anderen ArbeiterInnen zu organisieren usw. (vergleiche diverse Artikel in den letzten Nummern des Zirkulars und in der Wildcat 64/65).

Einige vertraten nun den Standpunkt, daß es doch einfach mehrere Wege gäbe, und wir das nicht so gegeneinander diskutieren sollten. Wir stellten aber klar, daß sich die Vorschläge an entscheidenden Punkten widersprächen, insbesondere da, wo »wir«, die »Szene« zum Ausgangspunkt genommen wird oder Nischenstrukturen etabliert werden, und nicht versucht wird, gemeinsam mit »anderen« ArbeiterInnen die eigenen Lebensbedingungen zu thematisieren und Kämpfe zu entwickeln. Das setzt nämlich voraus, daß mensch die kapitalistische Realität in der Stadt untersucht, um rauszufinden, wo Kämpfe stattfinden.

Hier zeigte sich dann eine der größten Schwächen der Diskussionen: es wurde kaum historisch analysiert oder auf Erfahrungen eingegangen. Da begründet zum Beispiel eine Frau aus Frankfurt, warum sie kein Haus besetzen wollen, weil das keine Perspektive hätte, und kurz danach sagt irgendwer wieder, ja wir wollen ein Haus besetzen und dann passiert das und das, ohne daß er mit einem Satz auf die vorherige Schilderung eingeht.

2. In der Arbeitsgruppe »Verweigerungshaltung und Freiraumkultur« versammelten sich etwa 60 Leute. Leider haben wir versäumt eine Vorstellungsrunde zu machen, ich weiß also nicht, woher die Leute im einzelnen kamen. Vorgestellt haben sich Leute aus Hamburg, Frankfurt a.M., Leipzig, Bern, Berlin (Ost und West). Zu Beginn wurden zwei kurze Referate aus dem Reader vorgelesen. In dem einen unterscheidet die Autorin (sie war leider nicht anwesend) zwei Ebenen von »Verweigerung und Freiraum«. Die eine Ebene ist der Kampf um billigen Wohnraum, soziale Experimente (Wohnen in großen Gruppen) und alternative Infrastruktur. Sie bezeichnet diesen Kampf als einen Prozeß der Ghettoisierung, in dem gesellschaftliche Strukturen reproduziert und ökonomische Projekt kommerziell werden und mit Selbstausbeutung oder Ausbeutung anderer einhergehen. Gleichzeitig erkennt sie eine andere Ebene, die der »Funktion kontrollierbarer Nischen«, die vom Staat geduldet und sogar unterstützt werden. Am Ende steht die Frage, Rückzug in die Nischen oder Politik an den gesellschaftlichen Realitäten?

Das andere Referat dreht sich um den Begriff Subkultur. Es kritisiert, daß Subkultur immer nur eine zeitlang Verweigerung ausdrückt, dann aber schnell in den Mainstream abgeleitet. Der Autor entwickelt einen »neuen Begriff von Verweigerung und Freiraum«,

der mit einer »theoretisch fundierten Motivation parallel zur Verteidigung des (besetzten) Hauses« entwickelt werden muß. Eine wirkliche Verweigerung schließt jegliche Zusammenarbeit mit anderen Kräften aus. Jeder Versuch mit anderen Menschen zusammenzukommen, die sich dieser Verweigerung nicht anschließen, sei ein »falscher Kompromiß«.

Mir fällt es schwer die Diskussion nachzuzeichnen. Tatsächlich gab es keinen roten Faden. Meistens wurde sich gar nicht aufeinander bezogen und solange Gesagtes anti-rassistisch (oder zumindest nicht rassistisch) war, konnte mensch alles äußern, ohne irgendetwas befürchten zu müssen (z.B. eine heftigere Diskussion). Die Positionen standen einträchtig nebeneinander, obwohl sie sich eigentlich völlig widersprachen. Die meisten Kontroversen gab es in den Fragen »Bezug auf die Anderen« und »Konstruktivität/Destruktivität«.

Zur Frage »der Anderen« gab es zwei Pole:

- Bezug auf die Kämpfe, die in Betrieben, Stadtteilen, Flüchtlingsheimen stattfinden und der Versuch mit ArbeiterInnen in Kontakt zukommen, um gemeinsam eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln;
- der andere Pol ging von einem »rassistischen Konsens« aus, der latent in der »deutschen Bevölkerung« vorhanden ist und jegliche Zusammenarbeit verhindert. Gegen den gilt es mit der gesammelten Kraft der Verweigerung und von Destruktivität geladener Subkultur antirassistische, antideutsche und antinationalistische Stätten zu errichten.

Verrückterweise konnten sich die meisten keinem der beiden Pole anschließen (»es gibt ja viele Wahrheiten«). Ich muß aber feststellen, das die antinationale Position heftig kritisiert wurde, obwohl viele mit dem Begriff »rassistischer Konsens« jonglierten. Die Position ging den meisten allerdings zuweit. Nicht nur Leute aus dem alternativen Spektrum konnten nichts mit der »Destruktivität« anfangen.

Es gab noch eine längere Diskussion um Subkultur, wobei es mal um Schwulenkultur, mal um Techno ging, letztendlich aber nichts größer raus kam, außer daß wir die Szene (Techno?) mit »linken Inhalten« besetzen sollten. Nach einem weiteren vergeblichen Versuch den Begriff »rassistischer Konsens« zu klären und nachdem auch noch Angela Marquardt (PDS-Vizechefin) das Wort ergriff, habe ich die AG verlassen.

Auch wenn nichts inhaltlich Produktives am Ende rauskam, fand ich es gut, mitdiskutiert zu haben. Wir haben wieder ein paar Leute kennengelernt, mit denen es weiterhin Diskussionen geben wird und durch unsere Beiträge blieben wenigstens einige Begriffe nicht so einfach im Raum stehen.

Das Abschlußplenium war etwas ungünstig gelegt (morgens vor der Demo), sodaß nur etwa 50 Leute da waren. Die VeranstalterInnen hatten kein gemeinsames Abschlußdokument hinbekommen, da die Protokolle aus den Arbeitsgruppen unvollständig waren und die Diskussionen in erster Linie nur die unterschiedlichen Positionen deutlicher gemacht hatten. Die wurden nochmal kurz referiert. Insgesamt wurde festgestellt, daß es eben keinen Konsens geben konnte, daß es gut war, die unterschiedliche Standpunkte nochmal gegeneinander zu diskutieren. Das Diskussionsklima sei recht angenehm gewesen, weil es - anders als beim Autonomie-Kongreß - keine moralischen Ausgrenzungsversuche gegeben hätte, sondern tatsächlich über Standpunkte diskutiert wurde. Um noch-

mal besonders deutlich zu machen, wie das ausgesehen haben könnte, gab es dann einen kurzen, aber blöden Austausch über »Rassisten« und »Sexisten« und wie mensch sich »denen« gegenüber verhält. Das wurde aber wegen offensichtlicher Oberflächlichkeit sofort abgebrochen. Dann gab es noch eine Latschdemo mit 1000 Leuten (ohne formulierten Redebeitrag!).

Referat BesetzerInnenkongreß:

Was hat Häuserkampf mit Revolution zu tun?

Einleitung

Ich komme aus einem Zusammenhang von Leuten, die sich um die Zeitung Wildcat organisieren. Eigentlich sollte das hier in einer Arbeitsgruppe erzählt werden, doch wegen des Mangels an anderen Referaten hat die Vorbereitungsgruppe mich gebeten, das Referat hier in diesem Rahmen zu halten.

Das ist jetzt kein Versuch, hier irgendeinen Konsens aus der Vorbereitungsgruppe oder eine offizielle Stellungnahme der BesetzerInnen zu formulieren, sondern eine kritische Betrachtung der Erfahrungen mit Häuserkampf in den letzten beiden Jahrzehnten. Es ist der Versuch zu kapiern, was sozial und politisch in den Bewegungen passiert. Orientierungspunkt ist dabei, inwieweit Hausbesetzungen Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung und der Abschaffung des Kapitalismus bilden. Oder so formuliert: Was hat der Häuserkampf mit Revolution zu tun?

Diese Auseinandersetzung kann in einem kurzen Vortrag nur vereinfacht und zugespitzt gelingen. Ziel der folgenden Ausführungen ist vor allem, eine Diskussion zu provozieren, an deren Ende sich Perspektiven für die folgenden Kämpfe eröffnen. Die folgende Kritik kommt gleichzeitig von innen und außen: von Leuten, die an verschiedenen Häuserbewegungen teilgenommen haben, aber eine kritische Position zu den Strategien und Strukturen des Häuserkampfes hatten.

Wichtig noch zu erwähnen, daß die folgenden Ausführungen auf einem Westblick beruhen, daß dabei vor allem die politische Erfahrungen der West-»Linken« bzw. autonomen Häuserszene einfließen.

Die Fragen und Thesen sind allgemein gehalten, damit dieser Vortrag auch zeitlich im Rahmen bleibt. Für Beispiele und Konkretisierung haben wir dann Zeit in der Diskussion bzw. den Arbeitsgruppen morgen.

I. Unter welchen Bedingungen entstehen BesetzerInnenbewegungen? Welche Ziele formulieren BesetzerInnenbewegungen?

1. Frage: Unter welchen Bedingungen entstehen BesetzerInnenbewegungen?

BesetzerInnenbewegungen entstehen und entwickeln sich immer im Zusammenhang mit anderen Bewegungen. Sie setzen an schon vorhandenen Aktionen und Kämpfen an -

Schwarzwohnen, Mietpreisminderungen usw. Oft sind Aktionen von Mieterinitiativen Auslöser für Huasbesetzungen und Häuserkampf. Sie stehen aber auch im Zusammenhang mit anderen sozialen Kämpfen und Bewegungen (Anti-AKW, Anti-Kriegsbewegung, Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhungen usw.)

BesetzerInnenbewegungen sind also nicht losgelöste, völlig eigenständige Bewegungen, sondern entwickeln sich immer parallel und im Austausch mit anderen Kämpfen. Sie radikalisieren bestehende Kampfformen, versuchen die individuellen Aktionen (Schwarzwohnen jeder für sich) auf eine kollektiven Ebene (gemeinsame und öffentliche Besetzungaktionen) zu bringen.

Mit den beiden Bezugspunkten der BesetzerInnenbewegungen, gegen Wohnungsnot, Mieten usw. auf der einen Seite und im Austausch mit anderen Kämpfen und Bewegungen andererseits, ergibt sich schon die entscheidende Spaltungslinie innerhalb der BesetzerInnenbewegungen: Geht es nur um Miete und Wohnen oder um weitergehende gesellschaftliche Perspektiven?

2. Frage: Welche Ziele formulieren BesetzerInnenbewegungen?

a) Am Punkt der Häuser- und Wohnungsproblematik besteht anfangs anscheinend Einigkeit. Die Forderungen der BesetzerInnenbewegungen heißen

- Billiger Wohnraum für alle
- Selbstbestimmte Räume für Wohnprojekte, Kultureinrichtungen usw.
- Kampf gegen die Wohnungsbaupolitik von Staat/Kapital

b) Dazu formulieren Teile der Bewegung Forderungen, die sich auf andere Kämpfe bezogen (z.B. anti-imperialistische, Stichwort: Befreiungsbewegungen, bewaffneter Kampf). Sie wollten die Häuser auch als Stützpunkte für diese anderen Kämpfe (z.B. Anti-AKW-, Anti-Kriegsbewegung, usw.; u.a. als Infoläden)

Die Bewegungen spalten sich dann an der Frage der richtigen Strategie zur Erhaltung der Häuser und zur Erreichung weitergehender politischer Ziele. Ein Teil der Bewegung radikalisierte sich meist im Zusammenhang mit Repression durch Stadtverwaltung, Justiz und Bullen. Dieser Teil entwickelte dann militantere Formen der Auseinandersetzung. Andere suchten die Anbindung an staatliche Vermittlungsorgane. So ergaben sich Auseinandersetzungen über Fragen wie

- Militanz oder gewaltfrei
- Verhandeln oder Nichtverhandeln
- Freiheit für Gefangene als Minimalforderung oder Verzicht darauf
- Intergration oder weitere Revolte

II. Welche Konzepte von Kampf und Veränderung haben die BesetzerInnen? Welche sozialen Beziehungen und Motivationen liegen den Zielen der BesetzerInnen zugrunde?

1. Frage: Was für ein Konzept von Kampf und Veränderung liegt den Hausbesetzungen zugrunde?

Die meisten HausbesetzerInnen vertreten ein Kampfkonzept, das sich zunächst mal nur um die eigene Person dreht: keine Stellvertreterkämpfe, nicht für andere soziale Grup-

pen, alle kämpfen für sich, es gibt keine Ideologie ...

Andere bezogen sich vor allem auf Kämpfe im Trikont, also der sogenannten 3. Welt, Befreiungsbewegungen, Imperialismus ...

Beide engen ihren politischen Bezugsrahmen ein, im ersten Fall auf die eigenen Bedürfnisse und Perspektiven, im zweiten Fall auf ein konstruiertes Subjekt - die BefreiungskämpferIn im »armen Land«. Beide grenzen andere Realitäten in ihrer direkten Umgebung aus. Sie beziehen sich kaum auf andere gesellschaftliche Kämpfe und Organisationsversuche hier in diesem Land. Der Häuserkampf (oder die anderen autonomen Kämpfe) erscheint als zentrale Auseinandersetzung.

Der Bezug auf die eigene Subjektivität, also die eigene Person, und das Suchen nach Identifikationsmodellen in der Ferne hat Ursachen in der Geschichte der Kämpfe Anfang der 70er:

- Die Klassenansätze der marxistisch-leninistischen Gruppen waren gescheitert, die Hoffnungen auf die revolutionären Kämpfe der ArbeiterInnen hatten sich nicht erfüllt.
- Radikale Kämpfe der ArbeiterInnen waren seit Anfang der 70er in der BRD ausgeblieben.

Für die Radikalen und Militanten hieß der Weg nun Aussteigen, Verweigerung, Abkehr von gesellschaftlichen Ansätzen. Wenn noch ein gesellschaftlicher Bezug hergestellt wurde, wollte mensch was »Vorleben«, »Freiräume« schaffen usw.

So schufen sie sich eine neue »Identität« als HausbesetzerInnen, Autonome, usw. ... Der Bezug zu anderen Bewegungen, z.B. MieterInnenbewegung, ging verloren.

Diese Schaffung einer eigenen Identität als »Szene«, Autonome, Streetfighter, Avantgarde hat Folgen:

Unterschiede und Gegensätze zum Großteil der Klasse der ArbeiterInnen werden herausgestellt (Bürger, Spießer ...), anstatt sich an Gemeinsamkeiten und vereinheitlichenden Forderungen zu orientieren. Oft werden nicht mal Erfahrungen anderer Häuserkämpfe aufgearbeitet (BRD, Italien, England ...)

Anmerkung: Zum Begriff von ArbeiterInnen und Klassenkampf. Das benutze ich nicht im marxistisch-leninistischen Sinne. Wenn ich hier von »ArbeiterInnen« spreche, meine ich damit alle diejenigen, die gezwungen werden, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Dazu gehören auch diejenigen, die gerade arbeitslos sind oder vom Sozi leben und auch die, die Hausarbeit machen. Wenn ich von Klasse oder Klassenkampf rede, dann soll das nicht heißen, daß es eine einheitliche Klasse der ArbeiterInnen gäbe, die alle an einem Strang ziehen, um sofort den Kapitalismus abzuschaffen. Die Klasse setzt sich vielmehr aus vielen verschiedenen Gruppen zusammen - je nach Position im Produktionsprozeß, Geschlecht, Herkunft, Alter - die alle mehr oder weniger und oft auf verschiedene Art und Weise für ihre Interessen kämpfen. Dabei wenden sich Teile der Klasse auch gegen andere Teile - Stichworte: Entsolidarisierung, Rassismus, Sexismus. Doch verbindet diese verschiedenen Teile der Klasse, daß sich in vielen Kämpfen Ansätze für eine Perspektive finden, die über die Maloche und Ausbeutung hinausgeht, Ansätze, bei denen Solidarität und der Wunsch nach Befreiung durchscheint und sich in Aktionen ausdrückt.

Zurück zu den HaubesetzerInnen: Organisierung sehen die meisten immer in bezug auf die Organisierung der eigenen Strukturen und nicht im Verhältnis zur Klasse. Die Militanz, die Revolte bleibt so sozial isoliert. EinE autonomeR HaubesetzerIn will ja auch nichts von den anderen ArbeiterInnen. Und wenn, dann wird der Bezug auf die anderen ArbeiterInnen nur hergestellt, wenn mensch Unterstützung für die Häuser wollte oder in der Form von »Öffentlichkeitsarbeit«, bei der mensch den anderen mal erklärt, wie das alles funktioniert und wo der Feind steht. Die Bedingungen der anderen (hohe Mieten, Leben in den Hochhaussiedlungen, ...) interessieren die BesetzerInnen oft gar nicht. Gleichzeitig forderten sie aber, daß sich alle am Häuserkampf beteiligen sollten.

Dabei entwickelt sich die Lebensweise in den Häusern von vorne herein anders als die anderer ArbeiterInnen. Nur ein begrenzter Kreis von Leuten kann überhaupt besetzen:

- das ist oft ein Vollzeitjob (Renovieren, ...)
- das soziale Leben grenzt Leute, die ständig arbeiten, aus,
- Kinder passen da oft nicht rein,
- die hohe Mobilität (Ein- und Auszüge) macht die Entwicklung fester sozialer Bezüge schwierig,
- Jugendkultur, Drogen usw. schliessen viele Leute aus, die da nicht mitmachen wollen oder können.
- die Unsicherheit der Häuser (Räumungen) schreckt viele ab, Bewachung und Schutz ist gefährlich und kostet Zeit.

Insgesamt ist Besetzung kein Konzept, daß mensch auf alle ArbeiterInnen übertragen kann (oder einfordern). Genau das ist aber die Perspektive vieler BesetzerInnen, die sich in den Mittelpunkt stellen und andere gesellschaftliche Realitäten gar nicht wahrnehmen oder einfach mit moralischen Kategorien abtun (Spießer, Rassisten ...). Um das klarzustellen: Kritik an proletarischen Lebensformen wie Kleinfamilie ist notwendig, aber als konstruktive Auseinandersetzung mit den Realitäten, in denen diese Lebensweisen existieren, nicht als Abgrenzung und moralische Verurteilung.

2. Frage: Welche sozialen Beziehungen und Motivationen liegen den Zielen der BesetzerInnen zugrunde?

Innerhalb der Bewegungen gibt es aber sehr unterschiedliche Positionen. Bei der Bestimmung der sozialen und politischen Interessen der BesetzerInnen kann mensch grob drei Orientierungen ausmachen. Wichtig zu sagen, daß dies keine voneinander isolierten Gruppen darstellen, sondern sich oft Positionen überschneiden oder sogar einzelne Leute Teile der jeweiligen Meinungen vertreten und irgendwie für sich vereinbaren können: die alternative, die subkulturelle und die militante Position.

1) die alternative Position,

bei der es erstmal nur um billige Wohnungen geht, und die Bereitschaft besteht, diese auch zu modernisieren. Die Position ist reformistisch, orientiert sich oft an parlamentarischen Konzepten (z.B. Grüne, PDS). Es geht kaum um gesellschaftliche Perspektiven oder gar Befreiung. Die Alternativen wollen legalisieren. Sie sind es, die die Freiräume in den Häusern nutzen, um sich als Alternativunternehmer zu etablieren, oder Sozialprojekte aufzubauen, wo sogenannte gesellschaftliche Randgruppen betreut werden usw.

Sie neigen dazu, die erreichten Strukturen - koste es was es wolle - zu erhalten. Sie sind es, die Angst haben, daß die Fortsetzung der Revolte zu mehr Repression und zum Verlust des Erreichten führt. Sie sind es auch, die Ansprechpartner für die Stadt und die Bullen sind, wenn es um die Integration und Befriedung der Revolte geht.

2) die subkulturelle Position,

als Versuch, sich dem Arbeitszwang zu entziehen und möglichst vom Sozialstaat oder vom Klauen zu leben. Es geht um schnellen und heftigen Spaß (Punk, Techno) und Räume dafür; Perspektiven der Häuser oder des Häuserkampfes interessieren wenig, wenn dann nur als diffuse Revolte; den Subkulturellen geht alles ziemlich am Arsch vorbei. Für einige wird nach der Revolte Schule, Arbeit, Familie, Karriere wieder wichtiger. Andere beschränken sich weiter auf das Ausleben von Subkultur. Das gleitet dann oft in Männerbündelei, Rücksichtslosigkeit, Drogenrausch aus und geht den anderen BesetzerInnen wie anderen Leuten im Stadtviertel tierisch auf die Nerven.

3) die militante Position,

formuliert politische Ziele (Häuserkampf, gegen den Staat, Anti-Imperialismus war Anfang der 80er modern, heute geht es um Anti-Rassismus und Anti-Nationalismus, zwischendurch wird auch mal der Kampf gegen das Patriarchat zum ersten Ziel). Ablehnung der reformistischen alternativen Position, aber auch der unpolitischen subkulturellen Position; die Militanten wollen weiter kämpfen. Sie schaffen es nicht, den Kampf auch in andere gesellschaftliche Bereiche zu tragen. Dabei spielt eine Rolle, daß einige von ihnen sich in das alternative Spektrum treiben lassen, auch auf Karriere setzen, oder sich in Auseinandersetzungen um die richtige politische Linie aufreiben. Die Militanten verwechseln zudem oft Revolte und Revolution und meinen, daß Riots und Randalen an sich schon revolutionär seien. Aber mit der Drohung mit Gewalt und Sachbeschädigung bei Räumung kann der Erhalt der besetzten Häuser letztendlich nicht durchgesetzt werden. Der Konflikt ist an diesem Punkt, ohne andere Kämpfe und Bewegungen von ArbeiterInnen, auf der militärischen Ebene nicht zu gewinnen.

Versuche der Vereinheitlichung scheitern meistens, weil die Bedürfnisse zu unterschiedlich sind. Insbesondere an der Frage von Legalisierung und Repression spalten sich die Bewegungen meist endgültig.

Natürlich gibt es hier auch einen Zusammenhang mit der sozialen Herkunft und Quelle der Einkommen der einzelnen BesetzerInnenfraktionen. Bewegungen hängen immer von ihrem sozialen Charakter und der Interessenlage der Bewegten ab: SozialarbeiterInnen, Gelegenheits- und SchwarzarbeiterInnen, SozialhilfenempfängerInnen, Alternativunternehmer ... Die haben eben nicht alle dieselben Interessen. Aber auch Altersunterschiede, also die Spaltung zwischen Jugendlichen und Älteren, oder die Tatsache, ob Leute Kinder haben, spielt hier eine Rolle. Die Älteren reden dann den Jungen die Revolte aus (Bringt ja eh nix, haben wir schon hinter uns), die Etablierten wollen keine neuen Besetzungen, weil diese ihre Projekte gefährden könnten und setzen auf Deeskalieren, die Leute mit gutbezahlten Jobs geben den Kampf auf, weil es ihnen ja nun besser geht und sie sich die nette Zwei-Zimmer-Wohnung leisten können und ihnen da dann niemand Spießertum vorwirft. Die Brüche und Spaltungen entwickeln sich mit der Bewegung, verschärfen sich, stellen den gemeinsamen Kampf um die Häuser infrage.

Die Konflikte in den Häusern nehmen zu, wobei die Konfliktlinien - was ja kaum überraschend ist - genauso verlaufen, wie bei den anderen ArbeiterInnen: unterschiedliche Einkommensquellen, Herkunft, Geschlecht, Bildung, Alter... Was kommt am Schluß heraus:

Die Militanten können die Spaltung (zu den Alternativen) nicht produktiv vorantreiben. Das Fehlen einer revolutionären Perspektive und weitertreibende Kampfvorschläge machten es dann den Alternativen leicht, die weiteren Diskussionen zu bestimmen. Was von den radikalen Bewegungen übrig bleibt, sind meist nur Alternativprojekte und linke Sozialprojekte sowie Selbsthilfeprogramme für ehemalige HausbesetzerInnen.

III. Welches Interesse haben Staat und Kapital und wie begegnen sie den BesetzerInnenbewegungen?

Staat und Kapital bekämpfen zum einen Hausbesetzungen als Angriff auf das kapitalistische Eigentumsrecht. Aber sie nutzen auch die Chance, Kämpfe und Revolten von Unzufriedenen im Häuserkampf zu kanalisieren. Es geht also nicht immer um die Zerschlagung, sondern um die Eingrenzung der Besetzungen, ihre Integration.

1) Die Strategie des Kapitals zielt zum einen auf die Trennung der Kämpfe von BesetzerInnen und denen anderer MieterInnen/ArbeiterInnen. Kriminalisierung und Repression sollen andere ArbeiterInnen abschrecken und das staatliche Gewaltmonopol nach außen hin absichern. BesetzerInnen sollen zudem aus anderen Kämpfen, vor allem denen in der Produktion/Arbeit, herausgehalten werden. Solidarisierung bzw. Angleichung der Kämpfe von BesetzerInnen und anderen ArbeiterInnen soll verhindert werden. Staat und Kapital versuchen, die Bewegung z.B. in einem Stadtteil zu konzentrieren (Beispiel: Kreuzberg). Dort dürfen sie sich austoben. Sie lassen zu, daß einzelne Häuser besetzt werden oder Verträge bekommen, weil sie damit rechnen, daß die Kämpfe dann aufhören oder die BesetzerInnen an ihren eigenen Widersprüchen (siehe oben) scheitern. Sie finanzieren die Bewegung über den Sozialstaat (Sozi, ABM usw.), weil die Militanten so aus der Produktion bzw. Arbeit herausgehalten werden. Aus demselben Grund unterstützen sie Sozialprojekte und Alternativbetriebe, wo die BesetzerInnen sich selbstbestimmt ausbeuten sollen oder angeblich sinnvolle Arbeit mit sogenannten sozialen Randgruppen machen.

2) Staat und Kapital versuchen die Spaltung innerhalb der Bewegungen zu verstärken und sie damit zu schwächen.

Die Angriffe von Staat und Kapital setzen genau an den Spaltungen und Widersprüchen innerhalb der Bewegung an, die gerade geschildert wurden. Die Bewegungen fallen auch unter dem Druck von Repression und Integrationsangeboten auseinander und lassen sich dann gezwungenenermaßen auf miese Mietverträgen ein oder machen gar die Selbsthilfeprogramme mit.

Repression und Integration haben beide das Ziel der Befriedung der Revolte. Staat und Kapital setzen sie flexibel ein, je nachdem, was gerade gesamtgesellschaftlich für sie am funktionalsten ist.

Repression:

Die Repression läuft über gezielte Bullenangriffe, insbesondere auf bestimmte Häuser.

Es soll zwischen »guten« und »schlechten« BesetzerInnen unterschieden werden. Gleichzeitig sollen die sogenannten »Linien« - es gab da schon die Berliner, die Leipziger usw. Linie - dafür sorgen, daß nicht noch mehr Häuser besetzt werden. Die Spaltung der BesetzerInnen wird durch das Kapital verschärft, indem es unterschiedliche Verhandlungsangebote macht, Einzelverträge machen will, usw. Medienkampagnen sollen andere ArbeiterInnen gegen die BesetzerInnen aufbringen, sie weiter sozial isolieren. Die Repression funktioniert im Sinne des Kapitals auch insofern, als dadurch die Kräfte der Bewegung auf Verteidigung ausgerichtet werden und andere politische Initiativen in den Hintergrund treten.

Integration:

Die Integrationsversuche laufen auf verschiedene Weise:

- Über miese Mietverträge (teuer, mit nur kurzer Mietdauer) werden die BesetzerInnen die geringen Erfolge der Besetzung demonstriert;
- über Selbsthilfeprogramme sollen sie ihre Häuser selbst renovieren und sind dann erstmal ein paar Jahre beschäftigt (und arbeiten!)
- ABM-Stellen und andere staatlich finanzierte Jobs vor allem im Sozialbereich binden BesetzerInnen in Überwachungs- und Sozialprogramme ein;
- Subventionen für Alternativbetriebe machen BesetzerInnen zu Kleinunternehmern, die dann auch ihre Meinungen und Aktionen entsprechend ändern.
- Sanierungsträger werden gegründet, die die Bedürfnisse von BesetzerInnen und MieterInnen sowie den Wohnungsbaugesellschaften vermitteln sollen. Oft arbeiten dort ehemalige BesetzerInnen. Sie setzen dann die Modernisierungskonzepte des Kapitals sozial verträglich durch.
- Oft hängen sich dann noch Kirchen, Gewerkschaften usw. in die Auseinandersetzungen rein, um zu vermitteln und »Gewalt zu verhindern«.

(Bemerkung: hier gibt es auch einen entscheidenden Unterschied zu anderen Ländern, in denen der Sozialstaat wesentlich weniger ausgebaut ist und die Nischenfindung für die Militanten nicht im selben Maße möglich ist. Dort ergeben sich mehr gemeinsame Bezugspunkte für Kämpfe von Militanten (wie HausbesetzerInnen) und denen andere ArbeiterInnen (Beispiel: Italien))

IV. Wo liegt eine Perspektive? Was sind die Bedingungen für einen revolutionären Häuserkampf?

Dafür ein paar Schritte zurück. Welches Interesse hat das Kapital, welches wir, die ArbeiterInnen:

1) Kapital

Das Kapital versucht, Produktion (Arbeit) und Reproduktion (Wohnen, usw.) zu bestimmen. Fürs Kapital sind Wohnungen Ware, die sie verkaufen wollen. Das Kapital hat dabei schon unterschiedliche Interessen: Hausbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften, Banken, die den Bau von Wohnungen finanzieren usw. Sie versuchen die Verwertungsbedingungen von Wohnungen zu verbessern und möglichst viel Miete aus uns herauszupressen.

Der Staat vertritt in erster Linie Interessen des Kapitals und versucht, Kämpfe der

ArbeiterInnen um Wohnungen und Häuser zu verhindern. Er greift deshalb auch an mancher Stelle ein, um »sozial verträgliche« Mieten durchzusetzen und damit Kämpfen von ArbeiterInnen auszuweichen.

Das Interesse des Kapitals beim Wohnungsbau ist:

- Möglichst wenig Geld ausgeben, und möglichst hohen Profit machen.
- Soziale Zusammenhänge der ArbeiterInnen zerschlagen und Kämpfe eindämmen, die ArbeiterInnen zu disziplinieren und zu vereinzeln
- Genug Wohnungen zu Verfügung stellen, um da, wo sie für die Produktion gebraucht werden, genug ArbeiterInnen zu haben.

2) Klasse der ArbeiterInnen:

Für die ArbeiterInnen bedeutet der Zwang, Miete zu zahlen, den Zwang, die Arbeitskraft zu verkaufen, also zu arbeiten. Je höher die Miete, oder je höher der Anteil der Miete am Einkommen, desto mehr müssen wir für eben diese Miete arbeiten. Sonst fliegen wir aus den Wohnungen oder sind gezwungen in ganz miesen Buden zu hausen, die wir noch bezahlen können.

Das Interesse der ArbeiterInnen liegt darin:

- Wohnungen und Stadtteil begreift es als Territorium, wo das Leben möglichst angenehm sein soll.
- Soziale, solidarische Zusammenhängen sollen bewahrt werden.
- Angriffe vom Kapital (VERTreibung, Modernisierung und Mieterhöhung, usw.) sollen abgewehrt werden.
- Voraussetzungen für gemeinsame Kämpfe müssen geschaffen werden.

Miete ergibt sich aber aus dem Kampfverhältnis von Kapital und ArbeiterInnen. Mietstreiks oder individuelles Zurückhalten der Miete, Besetzungen oder Schwarzwohnen, Widerstand gegen Modernisierung, Abriß, Zwangsräumungen zwingen das Kapital zu Zugeständnissen bei der Miethöhe und in der Wohnungsbaupolitik.

Soweit zum Ausgangspunkt. Bei dem folgenden Vorschlag geht es nicht darum, alle Auseinandersetzungen jetzt auf einen diffusen Begriff von Klassenkampf zu reduzieren und ein einheitliches sogenanntes revolutionäres Subjekt zu konstruieren.

Aber wir müssen die Stadt begreifen als Territorium von Ausbeutung und Klassenkampf, dann ergeben sich die verschiedene Perspektiven des Kampfes auch in neuem Licht: Arbeit, Wohnen; Reproduktion, Sexismus; Migration, Rassismus; Organisierung, Kämpfe.

Es bleibt dann die Frage, ob es möglich ist, einen revolutionären/proletarischen Häuserkampf zu führen, ohne daß gleichzeitig Kämpfe auf der Produktionsebene stattfinden und diese untereinander verbunden werden? Das Nichtzusammenwachsen von sozialer Bewegung (Hausbesetzung) und Klassenkämpfen liegt vor allem am Ausbleiben größerer Kämpfe der Klasse.

Dieser Vortrag soll jetzt nicht als Aufruf verstanden werden, das »Ghetto zu sprengen« oder sich als Szene auf die »Klasse zu beziehen«. Ich glaube der Bruch müßte grundsätzlicher sein. Die Identität als Szene, Streetfighter, Autonome, HausbesetzerInnen muß überwunden werden. Eine ganz andere Herangehensweise ist notwendig, die die gesellschaftliche Bezüge - wie leben und kämpfen die ArbeiterInnen - herstellt. Dann könnte

der Kampf um Häuser und Wohnungen Teil einer revolutionären Klassenbewegung werden - sofern es diese gibt.

Wichtig ist es, die Auseinandersetzungen um den Wohnungsbau als Ausdruck der Kämpfe der Klasse und der Gegenstrategien des Kapitals zu kapieren. Wer kämpft? Wer wird angegriffen? Wo sollen welche Leute wohnen, wo nicht? Wie und wo wird gerade versucht, sie zu vereinzeln und zu isolieren? Wie können wir uns darauf beziehen? Was können wir beitragen?

Es geht darum, alle Formen des Widerstandes wahrzunehmen und sich darauf zu beziehen. Wichtig ist die Auseinandersetzung mit der Vielzahl von Arbeits- und Wohnsituationen und den unterschiedlichen Kampfformen. Nur so kann das Ghetto überwunden werden.

Wir müssen Fragen beantworten wie: Wo liegt der Zusammenhang zwischen dem Streik um höheren Lohn in einem Betrieb, den Aktionen von AsylbewerberInnen um die Auszahlung der Sozialhilfe und dem Kampf von Jugendlichen um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum? Wie können wir da Beziehungen herstellen? Welche Kämpfe führen wir selbst? Wie orientieren wir die an der Perspektive gesellschaftlicher Befreiung? ■

Ansichtskarte vom 1. Mai in Hamburg

Drei Uhr nachmittags: Die lahme 1.-Mai-Demo ist kaum vorbei, da werden im Schanzenviertel zwei Häuser besetzt: Die Gruppe »Nimm Zwei« öffnet mal wieder die vernagelten Fenster des Hauses in der Schanzestraße, über das sie seit Jahren mit Hausbesitzer Dabelstein und der Stadt verhandelt, weil sie hier ein »Wohnprojekt« machen will, aber keiner geht rein. 20 Meter weiter dagegen wird ein einstöckiger Schuppen (eine leerstehende Kneipe) und mehrere Wohnungen im danebenliegenden, fast ganz entmieteten Mietshaus besetzt und ein Transparent »Autonome Projekte durchsetzen« rausgehängt. Während die gesetzte autonome Szene des Viertels (wo, wie es mal in einem Papier hieß, »ein Großteil der Läden in unserer Hand« sind) ungläubig zusieht, gehen die sehr jungen BesetzerInnen sofort dran, Barrikaden zu bauen. Hilfreich dabei ist eine große Tiefbaustelle direkt auf der Kreuzung vor dem Haus – die Straße ist drei Meter tief ausgeschachtet. Die Barrikaden wachsen drei bis vier Meter hoch aus Bauholz, Metallzäunen, und allem was sich umkippen läßt: Betonmischer, Bauwagen, Müllcontainer und (leider) ein Dixi-Klo. Um die eigentlichen Barrikaden herum entstehen weitere kleine Sperren auf den Straßen, um die umherfahrenden Zivis abzuhalten. Innerhalb der eigentlichen Barrikaden die Jugendlichen, drumherum in der näheren Umgebung Szene und Anwohnerschaft. Langsam macht sich Volksfeststimmung breit – und keine Polizei weit und breit.

Am frühen Abend wird bekannt, daß die Bullen ein Ultimatum gestellt haben: Macht alles bis morgen früh um sechs schön wieder weg, und wir lassen euch in Ruhe. Das Besetzerplenum kontert mit einem kürzeren Ultimatum: Bis um ein Uhr nachts soll der Innensenator schriftlich oder ersatzweise mündlich vor Zeugen eine Nichträumungs-garantie bis zur Aufnahme von direkten Verhandlungen mit dem Hausbesitzer abgeben. Ansonsten wird ab ein Uhr nachts das Viertel plattgemacht.

Wie sich bald herumspricht, haben die Bullen ernsthafte Probleme, genügend »Kräfte« zusammenzubekommen: Morgens war die 1.-Mai-Demo, die Tage vorher der Castor-Transport im Wendland, und am nächsten Tag soll Prinz Charles nach Hamburg kommen. Wegen der ganzen Großeinsätze haben sie an diesem Abend all ihren Leuten Urlaub gegeben.

Nach einigem Abbröckeln geht es um elf Uhr wieder los. Nachdem ein Zivi-Wagen mit Steinen vertrieben wird, kommen etwa 30 Bullen mit gezückten Knüppeln vom Pferdemarkt aus auf die äußeren Barrikaden zugelaufen, woraufhin alles, was laufen kann und verummumt ist, den Bullen entgegenrennt, die im Steinhagel die Flucht ergreifen. Auf den Straßen versammeln sich immer mehr Leute, denen Ultimatum, Verhandlungen usw. völlig egal sind, und schon kurz vor ein Uhr gehen mehrere Lieferwagen und schließlich ein Schlachterbedarfsgeschäft zu Bruch. Maskierte Kids fragen ältere Plünderer, die endlich mal ein gutes Küchenmesser haben wollen, ihre fetten Hände aber nicht durchs Gitter hinter dem Schaufenster kriegen, höflich: Möchten Sie auch etwas? Und noch etwas? Und noch etwas? Bis schließlich Autonome von nebenan sich als Bürgerwehr aufspielen und die Plünderungen mit dem Hinweis unterbinden

(keine Diskussion!), die Plünderer sollten sich doch an große Supermärkte anderswo halten, dies sei doch auch ein kleiner Laden, und man sei an guten Beziehungen im Viertel interessiert (am nächsten Tag erzählt der Ladenbesitzer in der Zeitung tatsächlich, »das waren nicht unsere Jungs von hier«). Aber dann kommen die Veganer: Dieser Messerladen ist doch objektiv ein Mördergeschäft...

100 Meter weiter drischt jemand mit einem Vorschlaghammer geschlagene fünf Minuten auf die Plexiglastür einer Bankfiliale ein. Schließlich gibt die Scheibe nach, Vermummte strömen hinein und nehmen die Inneneinrichtung völlig auseinander. Als Computer und Monitore auf die Straße getragen werden, gibt es eine Auseinandersetzung, was damit geschehen soll: Verkaufen? Kaputt schlagen? »Ey, mach nicht kaputt, die kann man noch gebrauchen, zum Zeitung layouts und so...« Ungerührt trifft der Vorschlaghammer den nächsten Monitor. Hier kommt die Auseinandersetzung über das Wesen der Technologie im Kapitalismus auf den Punkt: Was ist ein Computer: Tauschwert, Gebrauchswert oder Silizium gewordenes Unterdrückungsverhältnis, das bei der ersten Gelegenheit zerstört werden muß?

Angeblieh hätten die Bullen mit dem Angriff bis zum Morgen gewartet, wenn die Bank nicht gewesen wäre. Sie haben immer noch keine drei Hundertschaften zusammenbekommen, aber schließlich greifen sie um halb drei von einer Seite an: Vorneweg ein Räumpanzer, hintendran ein Wasserwerfer, machen sie sich an eine Barrikade, die sofort angezündet wird. An den anderen Barrikaden ist kein Bulle zu sehen, der Rückzug nach drei Seiten für Besetzer, Straßenkämpfer und Schaulustige völlig frei. Im Steinhagel braucht der Räumpanzer fast zwanzig Minuten, bis er durch die Barrikade durchgebrochen ist. Die Infanterie der Bullen bleibt auf Höhe des Wasserwerfers, rückt auf die Kreuzung vor, schließlich über die anderen Barrikaden. Die Besetzer sind längst über die Dächer verschwunden, als die Bullen schließlich in der Mitte stehen und die feixende Menge ringsherum. Niemand wird zusammengeschlagen, niemand festgenommen.

Was steckt hinter dieser Schwäche des Staats (nehmen wir mal an, daß es sich um eine solche handelt): Haben sie zu wenig Personal? Haben sie ihre Spitzel in den falschen Szenen? Ist der Innensenator geschwächt wegen des »Polizeiskandals« (immerhin wird seit mindestens einem halben Jahr bei fast allen Gelegenheiten eher deeskaliert?).

Am nächsten Morgen räumen Gestalten in weißen Schutzanzügen die Baustelle auf. Wie sich herausstellt, sind das die Bauarbeiter. Der Chef hat ihnen für diese besonders schmutzige Arbeit die Anzüge gegeben. »Seid ihr jetzt traurig?«, frage ich. Ein Arbeiter zum anderen: »Sind wir traurig?« Großes Gelächter. Mittags ist alles voll von Arbeitern der Stadtreinigung in orangenen Overalls. Sie kommen direkt von ihrer der normalen Müllabfuhrschicht und sind hier wegen der Überstundenzuschläge. Arbeiter einer anderen Baufirma schweißen dicke Stahlplatte vor alle Erdgeschoßfenster des »Nimm Zwei«-Hauses. Auftraggeber ist der Senat selbst. Sie finden diesen Job völlig bescheuert, aber was soll's...

Die nächsten Tage ist der Stadtteil von Bullen »besetzt«, aber wer an ihnen vorbeikommt, grinst nur. Ein schöner Sommeranfang. (B.)

Streik bei Matsushita

aus: China Labour Bulletin, Nr 12, März 95

Über tausend Arbeiter der Matsushita Co. Ltd (National/Panasonic) in Zhuhai City, Provinz Guangdong, veranstalteten ab 15. Januar einen zweitägigen Streik. Die Arbeiter verlangten Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Sozialleistungen und protestierten dagegen, daß die Firma den jährlichen Urlaub zum Besuch der Familien entschädigungslos gestrichen hatte.

Matsushita Co. Ltd, die völlig in japanischem Besitz ist, befindet sich im Norddistrikt des Xiangzhou-Industriegebiets in Zhuhai City. Über 2000 Arbeiter hat die Fabrik. Am 15. Januar um 8.30 Uhr gingen mehr als 800 Arbeiter der Frühschicht in den Streik. Im Verlauf des Tages stieg die Zahl auf 1000. Die Arbeiter versammelten sich vor der Fabrik und forderten Verbesserungen bei Löhnen und Sozialleistungen. Einige Arbeiter verteilten Flugblätter in der Fabrik, um die anderen Arbeiter zur Teilnahme aufzufordern.

In einem Interview mit den Medien sagten Arbeitervertreter, daß ihre Löhne niedriger seien als der Durchschnitt in Zhuhai City. Sie bekämen durchschnittlich RMB 750 im Monat, während die Arbeiter in anderen großen ausländischen Unternehmen in Zhuhai bis zu RMB 1000 im Monat bekommen. Auch waren sie mit den schlechten und überfüllten Unterkünften unzufrieden.

Die Arbeitervertreter erwähnten auch, daß das Management den 20tägigen Urlaub zum Chinesischen Neujahr entschädigungslos gestrichen hatte, damit die Produktionsziele erreicht werden können. Die Arbeiter sagten, daß sie eine unabhängige Gewerkschaft gründen und ihren Kampf fortsetzen wollen.

Außer gegen die niedrigen Löhne und die schlechten Sozialleistungen sind sie auch gegen das strenge Regime des Managements. Ein Wachmann wurde mit einer Geldstrafe von RMB 50 belegt, weil er auf Wache seinen Hut abgesetzt hatte; er verdiente RMB 500 im Monat.

Andere Arbeiter sagten, daß sie das System der »Gelben Karten« (ein Strafsystem) für geringe Verstöße nicht mehr dulden wollen. Z.B. kann man eine »Gelbe Karte« bekommen, wenn man sein Namensschild nicht trägt oder nicht ordentlich angezogen ist. Die erste Gelbe Karte bedeutet ein Bußgeld von RMB 20, die zweite RMB 40, die dritte RMB 80. Diese Belastung sei zu groß für sie.

Eine Arbeiterbäuerin aus Anhui sagte, daß ihre Schwester um drei Tage Urlaub gebeten hatte, um zwecks Heirat nach Hause fahren zu können. Das Management lehnte das ab, so war sie zur Kündigung gezwungen.

Am zweiten Tag des Streiks versuchte die städtische Arbeitsbehörde zu vermitteln. Das Management verlangte die Arbeitsaufnahme vor Beginn der Verhandlungen. Sie drohten mit der Kündigung aller Streikenden. Nach der Vermittlung stimmten die Arbeiter der Arbeitsaufnahme zu. Am Nachmittag des 16. Januar fingen einige wieder an zu arbeiten, aber als es um 18.30 Uhr immer noch keine Einigung gab, gingen manche wieder in den Streik.

Am 17. Januar veranstaltete eine beträchtliche Zahl von Arbeitern einen Slow-Down, während die Verhandlungen immer noch andauerten. Schließlich erklärte sich das Mana-

gement zur Rückgabe des 20tägigen Neujahrsurlaubs bereit, aber es gab keine Übereinkunft bei den anderen Forderungen.

Bei diesem Zwischenfall demonstrierten die Streikorganisatoren ihre Taktiken und Strategien. Eine Woche vorher hatten sie einen »Offenen Brief an die Kollegen bei Matsushita« verteilt, welcher die Arbeiter psychologisch auf die Aktion vorbereiten sollte. Sie bezogen sich auf das neue Arbeitsgesetz, das gab ihren Forderungen einen starken legalen Anstrich. Der offene Brief appellierte sowohl an das Gefühl als auch an den Verstand. Die Autoren des offenen Briefes blieben im Dunkeln, um Strafaktionen von Management und Regierung vorzubeugen. So hatte die Kampagne eine Chance, erhalten zu bleiben und zu wachsen. Außerdem verständigten sie während des Streiks die Medien in Hong Kong und Macau und erregten das Interesse verschiedener Sektoren. Dies übte Druck auf Regierung und Management aus, und brachte die Streikenden in eine günstige Position.

Aufruf der Streikorganisatoren

Auf Wiedersehen '94 und ein warmes Willkommen dem Neuen Jahr! Im vergangenen Jahr haben wir so eng zusammen gearbeitet, daß wir zehn Millionen Geräte in bloß zwei Monaten produziert haben. Das ist eigentlich das Produktionsziel für zehn Monate. Unsere Firma hat sich rasant entwickelt und trotzdem sinken Löhne und Sozialleistungen.

Mit dem Beginn des Neuen Jahres haben unsere Partei und Regierung uns ein neues Arbeitsgesetz gegeben. Wenn wir das Arbeitsgesetz mit den Praktiken unserer Firma vergleichen, fühlen wir uns indigniert. Vereinigen wir uns und kämpfen wir für unsere nach dem Arbeitsgesetz legitimen Rechte.

Die Arbeitsbehörde von Zhuhai hat der Firma bereits Kopien des Arbeitsgesetzes zur Verteilung an die Arbeiter geschickt, aber die Firma hält diese zurück. Warum? Warum ist Matsushita nicht offen zu uns? Auch sind wir mit folgenden Punkten unzufrieden:

A. Löhne und Sozialleistungen

1. Löhne

Die Löhne bei unserer Firma sind niedriger als das durchschnittliche Lohnniveau in Zhuhai. Wir bekommen durchschnittlich RMB 750 im Monat, während bei anderen großen ausländischen Firmen wie Canon der Durchschnitt bei RMB 1000 liegt.

2. Preisniveau

Dem Staatlichen Amt für Statistik zufolge lag die Inflationsrate 1994 bei 27,4 Prozent. Da unsere Lohnerhöhung der Inflationsrate nicht entspricht, wird unser Lebensstandard nicht erhöht, sondern sinkt beträchtlich. Viele Firmen haben höhere Löhne und Sozialleistungen in Übereinstimmung mit der Inflationsrate angeboten.

3. Überstunden und Bezahlung

Absatz 44 des Arbeitsgesetzes setzt fest, daß die Überstundenbezahlung an Ruhetagen mindestens doppelt so hoch sein muß, wie der normale Lohn. Die Bestimmungen zur Überstundenbezahlung, die die Arbeitsbehörde in Zhuhai im Mai '94 herausgab, bestimmt, daß »Überstundenbezahlung an Ruhetagen den normalen Lohn wenigstens

verdoppeln sollte«. Warum hat die Firma ganz offen die Bezahlung auf 150 Prozent verringert?

4. Wohnprobleme

Unser Wohnheim ist völlig überfüllt, mehr als zehn Personen werden in einen Raum gequetscht. Außerdem ist die Miete sehr hoch. Das steht in totalem Widerspruch zu den Versprechungen der Firma auf freie Kost und Logis. Canon stellt seinen Arbeitern wesentlich bessere Unterkünfte zur Verfügung. Das Wohnungsbeihilfeprogramm der Firma bietet zu wenig, um das Problem zu lösen. Dies zeigt, daß die Firma nicht die Absicht hat, unsere Probleme zu lösen.

B. Schutz der gesetzlichen Arbeitsrechte

1. Verteilung des Arbeitsgesetzes

Wir fordern, daß die Firma die Arbeitsrechtbroschüre verteilt, die sie jetzt schon seit Monaten zurückhält. Die Arbeitsbehörde hat erklärt, daß die Unternehmen die Pflicht haben, Unterrichtssitzungen zum Arbeitsgesetz vor dessen Einführung zu organisieren und daß jeder Arbeiter ein Exemplar erhält. Falls die Firma nicht erklären kann, warum sie diese Broschüren zurückhält, soll sie diese verteilen, damit wir ein besseres Verständnis unserer gesetzlichen Rechte gewinnen.

2. Neujahrsurlaub

Das Arbeits- und das Wirtschaftsministerium haben »Vorschriften für den Umgang mit Arbeitern in ausländischen Firmen« verfaßt, die zusammen mit dem Arbeitsgesetz herauskommen. Es wird festgelegt, daß alle Beschäftigten in ausländischen Firmen das Recht auf bezahlten Urlaub, wie Neujahrsurlaub zum Besuch der Familien und Jahresurlaub, haben.

Warum hat die Firma unseren Neujahrsurlaub gestrichen? Die Streichung des Urlaubs bedeutet, daß wir einen Monat lang Überstunden arbeiten. Warum bietet die Firma den betroffenen Arbeitern keine Entschädigung an?

3. Entlassung von Arbeitern und die Behandlung kranker Arbeiter

Absatz 29.2 des Arbeitsgesetzes legt fest, daß die Firma keinen Arbeiter entlassen kann, der wegen Krankheit oder Verletzung behandelt wird. Zusätzlich bestimmen die Absätze 19 und 20 der »Vorschriften für den Umgang mit Arbeitern in ausländischen Firmen«, daß auch wenn der Arbeitsvertrag in gegenseitigem Einverständnis beendet wird, der Arbeitgeber den Arbeitern Unterhaltsgeld und Krankengeld zur Verfügung stellen muß. Angesichts dieser Kündigungsvorschriften im Arbeitsgesetz, wie wird uns die Firma behandeln, wenn wir krank werden oder bei der ärztlichen Untersuchung durchfallen?

Einige von uns werden vielleicht nach Neujahr nicht mehr zurückkommen, aber warum versuchen wir nicht unser Bestes und kämpfen um die Vergünstigungen, die wir verdienen, und nehmen sie mit nach Hause.

Denken wir gut darüber nach, was wir tun wollen. Das Frühlingsfest naht. Vereinen wir uns und kämpfen für unseren gerechten Anteil.

9. Januar 1995

Busfahrergewerkschaft in Mexiko zerschlagen

Sutaur-100 und die Unterstützung der EZLN

Mit allen Mitteln versucht die mexikanische Regierung den Widerstand gegen die neue Austeritätspolitik und jede Solidarität mit dem Kampf in Chiapas zu verhindern. Die Zerschlagung einer der größten Busfahrergewerkschaften in Mexiko-Stadt ist ein herausragendes Beispiel für diese Politik und stellt für die Regierung einen Testfall dar, wie weit sie mit ihrer repressiven Politik gehen kann.

Als die Busfahrer der Linie Ruta-100 am Samstag, dem 8. April, um 2 Uhr früh ihre Arbeit beginnen wollten, wurden sie von starken Polizeikräften am Zutritt zu den Busdepots gehindert. Man erklärte ihnen, die Firma sei in Konkurs gegangen und dadurch sei der bisherige Tarifvertrag und das Anstellungsverhältnis der Arbeiter nichtig geworden.

Unmittelbar danach begann eine Hetzjagd auf die Gewerkschaft Sutaur-100. Drei ihrer Führer und zwei Basisaktivisten wurden festgenommen, ihre Bankkonten gesperrt und ihr Büro von Polizei umstellt. Am 9. April wurde Ricardo Barco, einer der Gründer dieser Gewerkschaft und ihr offizieller Berater, beim Verlassen eines Restaurants von sechzig schwerbewaffneten Polizisten umringt, bewußtlos geschlagen und festgenommen. Den Gewerkschaftsführern wird unter anderem die Veruntreuung und die Abzweigung von Geld für die EZLN aus öffentlichen Mitteln vorgeworfen. Die Arbeiter von Ruta-100 sind in Mexiko bekannt für ihre Solidarität mit dem Kampf der EZLN.

Diese Polizeiaktion fand unmittelbar vor der Karwoche statt, in der die meisten Betriebe schließen und der Verkehr daher gering ist. Am 17. April begann die Stadt mit einem »Notdienst«, für den sie Streikbrecher einsetzte - darunter 200 Polizisten. In den ersten Tagen wurde der Busverkehr von 1500 Streifenwagen bewacht und von Hubschraubern über dem Gebiet beobachtet, um Aktionen der gefeuerten Busfahrer zu verhindern. Das Angebot, einzelne Busfahrer und Mechaniker wieder einzustellen, hatten fast alle abgelehnt. Die Fahrten mit dem »Notdienst« werden kostenlos angeboten, womit die Regierung die breite Solidarisierung in der Bevölkerung zu schwächen versucht - zugleich aber auch zeigt, wie unglaublich der »Konkurs« von Ruta-100 ist.

Es ist klar, daß die Maßnahmen gegen diese Gewerkschaft von ganz oben angeordnet waren. Fast zum selben Zeitpunkt hatte die Regierung überraschend den Preis der Tortillas, eines der Grundnahrungsmittel für Millionen Menschen in Mexiko, um 26 Prozent angehoben. Am 10. April sollte eine Demonstration zur Erinnerung an die Ermordung von Emiliano Zapata stattfinden. Und angesichts der neuen »Verhandlungen« mit der EZLN will die Regierung sie mit allen Mitteln isolieren. Die mexikanische Regierung versucht daher, alle Organisationszentren eines breiteren Widerstand gegen ihre Politik auszuschalten.

Ruta-100 ist eine der größten Buslinien in Mexiko-Stadt, auf die vor allem ArbeiterInnen und ärmere Menschen aus den Vorstädten angewiesen sind. Die Regierung hatte

bereits zuvor angekündigt, daß sie die von staatlichen Subventionen abhängige Gesellschaft privatisieren wolle. Über 12 000 der Busfahrer von Ruta-100 sind in der Gewerkschaft SUTAUR-100 (Sindicato Unico de Trabajadores de Autotransportes Urbanos de Pasajeros Ruta-100) zusammengeschlossen, die zu den militantesten und größten der unabhängigen Gewerkschaften in Mexiko gehört.

Die Gewerkschaft SUTAUR hatte sich 1981/82 in einem harten Kampf mit der Regierung gebildet, kurz nachdem das private Busmonopol einer Gruppe von Privatfirmen von der Stadt übernommen worden war. Die Regierungspartei PRI versuchte, die Busfahrer im regierungstreuen Dachverband CTM zu organisieren, aber die ArbeiterInnen bildeten ihre eigene Gewerkschaft, die sich einer unabhängigen Gewerkschaftsföderation anschloß. Nach einem harten Kampf, in dessen Verlauf Ricardo Barco festgenommen worden war, mußte der Staat die Gewerkschaft anerkennen und Barco wieder freilassen. Dafür hatte er ein allgemeines Streikverbot für die städtischen Busfahrer verfügt.

Einige Jahre später entschied sich SUTAUR, die »Unabhängige Proletarische Bewegung« MPI, eine Art politischer Arm der Gewerkschaft, zu gründen, deren Vorsitzender Barco wurde. Obwohl die MPI verbal einen linken und militant-syndikalistischen Standpunkt vertrat und unabhängig von allen PRI-kontrollierten Gremien und politischen Bündnissen mit der PRI blieb, betrieb auch sie eine konservative Gewerkschaftspolitik. So besuchte Barco vor den letzten Wahlen den mexikanischen Präsidenten Salinas, um ein »Geschenk« von 70 Bussen für Ruta-100 entgegenzunehmen. Dafür signalisierte er indirekt eine Wahlempfehlung für die PRI.

Aber im Verlaufe des letzten Jahres wurde der »Nicht-Angriffs-Pakt« von SUTAUR mit der Regierung zunehmend brüchig, vor allem aufgrund des Aufstandes in Chiapas. Die breite Solidarisierung in ganz Mexiko mit diesem Kampf - auch unter ihren eigenen Mitgliedern - drängten MPI und SUTAUR, in den CND, den Nationalen Demokratischen Konvent, einzutreten. Der jetzige Angriff der Regierung auf diese Gewerkschaft hat zu ihrer weiteren Radikalisierung beigetragen und macht sie zu einer der treibenden Kräfte in den aktuellen Mobilisierungen - z.B. bei der Demonstration am 1. Mai dieses Jahres. Der regierungstreue Gewerkschaftsverband CTM hatte die Demonstration aus Furcht vor einer unkontrollierbaren Mobilisierung gegen die Regierung abgesagt, aber einige Hunderttausend demonstrierten auf die Aufrufe der unabhängigen Gewerkschaft hin in Mexiko-Stadt.

Der Schlag der Regierung gegen SUTAUR könnte daher leicht nach hinten losgehen und die Entwicklung einer gesamt-mexikanischen Front gegen die Regierung vorantreiben. Die Demonstration zum Gedenken an Zapata am 10. April mit etwa 150 000 Menschen wurde zu einer breiten Unterstützung für die Gewerkschaft, mit Slogans wie »Su-Su-Sutaur« und Solidaritätsbekundungen mit Barco. Sechs Tage später demonstrierten 20 000 Mitglieder und Unterstützer der Gewerkschaft. Ende April kam es wieder zu Demonstrationen, bei denen Busse der Linie angehalten und besprüht wurden. Bei einigen wurden die Reifen durchstoßen. Mittlerweile hat SUTAUR ein ständiges Camp auf dem Zocalo, dem zentralen Platz in Mexiko, eingerichtet - neben vielen anderen Gruppen, die sich für den Kampf in Chiapas und im übrigen Mexiko einsetzen.

Soweit der Text, der für die jüngste Nummer der ILA geschrieben wurde. (Lesenswertes Sonderheft zu den Maquiladoras – nicht nur in Mexiko: ILA Nr. 185, Mai 1995, 7 DM Zeitschrift der Informationsstelle für Lateinamerika

Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel: 0228-65 86 13

Fax: 0228-63 12 26, e-mail: ILA@LINK-K.comlink.apc.org).

Zur aktuelleren Entwicklung noch ein paar Informationen aus der Zeitung La Jornada von Anfang Mai:

Betriebsauflösung zurückgewiesen

Die 12 000 Arbeiter der Gewerkschaft SUTAU-100 haben gestern auf einer Versammlung beschlossen, die von der Sindicatura angebotene Betriebsauflösung abzulehnen und ihren Kampf für ihre Arbeitsplätze, ihre Gewerkschaft und ihre erworbenen Rechte »bis zur letzten Konsequenz« fortzusetzen.

»Es stimmt, daß wir Hunger haben, aber wir haben genügend Würde und das haben wir heute der Regierung demonstriert. Wir stehen hier, bereit für die Schlacht, die vielleicht lange dauern wird, aber wir geben nicht nach, wir sind nicht losgezogen für einen miserablen Konkurs«. So ein Mitglied der Führung von SUTAU-100, inmitten der fast dreistündigen ständigen Rufe »Nicht einen Schritt zurück«.

Der Rechtsberater der Gewerkschaft, Ricardo Barco, hat den Arbeitern eine Botschaft geschickt, in der er aufdeckt, daß die Regionalregierung Druck macht, damit die Dirigencia ein Abkommen über einen Konkurs unterschreibt, der über dem von der Sindicatura vorgeschlagenen liegt und mit dem Versprechen, daß die Arbeiter an dem neuen Unternehmen beteiligt werden. Dies, so stellt Barco klar, ist an die Bedingung geknüpft, *»daß wir mit dem Konkurs einverstanden sind, daß wir die Auflösung der kollektiven und individuellen Arbeitsverhältnisse anerkennen, und auf jegliche Forderung aus diesem Konflikt vor Arbeits- oder sonstigen Gerichten verzichten. Sie sagen, daß die Regierung ihre Meinung über unsre Freilassung erst nach der Unterzeichnung dieses Abkommens ändern wird«.* Die fast siebentausend Arbeiter antworten darauf mit Beschimpfungen. Die Versammlung muß in zwei Teilen abgehalten werden, weil die mehr als 12 000 Gewerkschaftsmitglieder nicht alle in das Lokal passen.

In dem Brief von Barco und den 5 eingeknasteten Dirigentes heißt es weiter: *»Wir haben das nicht akzeptiert, weil wir damit den Verlust unserer Arbeitsplätze akzeptieren würden, der individuellen Verträge und der Allgemeinen Arbeitsbedingungen. Wir haben es nicht akzeptiert, weil das den Weg zur Streichung der Registrierung von Sutura-100 bereiten würde. Wir haben es nicht akzeptiert, weil wir keine korporative Gewerkschaft sind. Es ist nicht unsere Sache, eine solche Entscheidung zu treffen. Das ist auf jeden Fall Sache der Generalversammlung.«* Wieder Sprechchöre: *»Totale Unterstützung für das Zentralkomitee«, »Freiheit für die politischen Gefangenen«, »SUTAU verkauft sich nicht«.*

Weiter im Brief: *»Was wir vorgeschlagen haben, ist der Dialog, aber unter der Bedingung von Respekt und Würde. Wenn dieser Dialog zu dem Ergebnis kommt, den Vorschlag zur Beteiligung an neuen rentablen Arbeitsformen anzunehmen, aber mit vorheriger Zustimmung der Versammlung, dann könnten wir uns selbstverständlich daran*

beteiligen. Aber die Regierung hat nichts darüber gesagt, was für eine Art Betrieb das sein soll und wie die Arbeiter daran beteiligt sein sollen«.

Dann folgen Informationen zu Rechten und Abfindungen beim Konkurs (z.B. 20 Tage Lohn für jedes Jahr Betriebszugehörigkeit) und die Aufforderung, sich nicht demoralisieren zu lassen. Auf die Frage, ob sie sich mit einer Hungerabfindung, die nicht mal 25 Prozent dessen ausmacht, was ihnen gesetzlich zusteht, abspeisen lassen wollen, antworten die Arbeiter mit einem klaren Nein.

Danach hat der Bevollmächtigte erklärt, daß das Gerichtsurteil, das die Arbeitsverhältnisse für beendet erklärt, total illegal sei, und daß sie eine Berufung dagegen vorbereiten. Die Rechtsabteilung von SUTAUR-100 hat alle möglichen Rechtswege beschritten. Beschimpfungen gegen die Streikbrecher und Verräter. Zum Schluß Abstimmung über den Konkurs – in beiden Versammlungen einstimmig abgelehnt.

Scheitern der Betriebsauflösung

Am ersten Tag der Abfindungsregelung hat kein einziges Mitglied von SUTAUR-100 das Geld abgeholt. Nur 25 Arbeiter kamen zu dem Konkursbüro, aber nur um nach den Terminen zu fragen. Die verteilen sich nach Abteilungen. Gestern war Módulo 51-C dran, wo 281 Arbeiter beschäftigt waren. Von denen ist keiner gekommen, um das Geld abzuholen.

Der Konkursverwalter hofft noch, daß keiner gekommen ist, weil alle an dem Tag auf der Versammlung waren, und daß sie nach deren Beendigung schon kommen würden. Er sagt, daß am Morgen 10 Ex-Arbeiter in die Nähe des Büros gekommen sind, um sich zu informieren, daß sie aber, als sie die Reporter gesehen haben, aus Angst vor Repressalien wieder umgekehrt sind. Er befürchtet, daß die Arbeiter die Abwicklung um 3 bis 6 Monate verzögern, indem sie Berufung einlegen. Die Konkursverwaltung hat informiert, daß sie 308 Millionen Neue Pesos an die 220 Polizisten ausbezahlt hat, die 15 Tage lang im Notdienst gearbeitet haben.

Teurer Transport im Umland der Hauptstadt

Während einer Fahrt des Stadtverwalters durch Tláhuac hat die Bevölkerung gegen das Verschwinden von Ruta 100 protestiert, weil sie jetzt zwischen 2 und 5 Neue Pesos bezahlen müssen, während es vorher nur 40 Centavos waren.

* * *

Aber auch im Osten der Bundesrepublik schlägt der Neo-Liberalismus erbarmungslos zu - siehe nächste Seite:

Ganze Belegschaft entlassen – Jetzt wird erst recht gestreikt!

Massive Angriffe auf Busfahrer in Bernburg (Sachsen-Anhalt)

Am 3.5. um 21.45 Uhr beschloß die 117köpfige Belegschaft der Kreisverkehrsgesellschaft Bernburg (KVG) die uneingeschränkte Fortsetzung ihres Kampfes. Unmittelbar vorausgegangen waren die fristlose Entlassung der gesamten Belegschaft durch den kommunalen Aufsichtsrat und ein Anschlag des CDU-Aufsichtsratsmitglieds Michels auf die Streikenden. Mit seinem Fahrzeug fuhr der Fuhrunternehmer in eine Gruppe Streikender, verletzte dabei zwei so schwer, daß sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Zahlreiche Verkehrsgesellschaften bekundeten ihre Solidarität, und zehn Dessauer Busfahrer haben bereits ihren Besuch auf einer Kundgebung in Bernburg angekündigt.

Das anfängliche Streikziel, 14 ausgesprochene Entlassungen zurückzunehmen, um dann wieder »friedlich« über einen »sozialverträglichen Personalabbau« zu verhandeln, mutete auf den ersten Blick doch sehr fragwürdig an. Denn es bedeutete ein Einschwenken auf den Kurs der KVG und des SPD-Landrates Gerstner, 400 000 Streckenkilometer – gleich 35 Beschäftigte – einzusparen. Das war das Ergebnis eines angeblichen Gutachtens von zwei Wirtschaftsunternehmen. Die Gewerkschaft ÖTV bot eine Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 32 Stunden ohne Lohnausgleich an. Doch darauf gingen KVG und Landrat nicht ein und sprachen schon mal Kündigungen aus und drängten weitere 15 Kollegen zu Aufhebungsverträgen mit lächerlichen Abfindungszahlungen.

Daraufhin hatten sich am 28. April 96,7 Prozent der ÖTV-Mitglieder für einen Streik ausgesprochen. Noch am selben Tag verbot das Arbeitsgericht Dessau Streikmaßnahmen mit der Androhung eines Ordnungsgeldes von 500 000 DM bzw. 6 Monaten Haft, »da sie unter anderem mit dem Ziel geplant sind, die Antragsstellerin zur Wiedereinstellung von mehreren Arbeitnehmern zu bewegen«. Doch die Kolleginnen und Kollegen ließen sich dadurch nicht einschüchtern und begannen am 1. Mai mit ihrem Streik. Der Maßnahmenkatalog der KVG in Absprache mit dem SPD-Landrat entspricht den »Richtlinien über die wilden Streiks« vom Gesamtverband der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände e.V. vom Juli 1970: Sofort wurde der Einsatz von Streikbrechern aus dem Personalbestand der Landkreisverwaltung als auch über das Arbeitsamt bzw. durch den Rückgriff auf alte Bewerbungsunterlagen geplant und geprobt. Das scheiterte aber durch die Besetzung der Tore kläglich. Zirka 80 Prozent der Belegschaft erhielt in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai ein »persönlich zugestelltes« Schreiben mit der Androhung der fristlosen Kündigung und dem Urteilstext. Dabei wurden die Kollegen und Nachbarn aus dem Bett geklingelt, die Briefe in Hochhäusern an der Haupteingangstür wie Steckbriefe angeklebt. Die Tolietten und Wasserversorgung auf dem Betriebsgelände wurden für die Streikenden gesperrt. Die Streikenden wurden mehrfach des Platzes verwiesen – was sie sich aber nicht gefallen ließen. (...) ■ *gekürzt aus: ROTE FAHNE 95/18*